Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B2

845

- Schwalenberg - D./K. Bad Oldesloe, den 17. Mai 1949

P r o t o k o l l

der 19. Sitzung des Kreissonderhilfs-
ausschusses Stormarn vom 12. Mai 1949.

Es waren anwesend:

1.	Herr Siege,	Vorsitzender
2.	Herr Prof. Dr. Bennern,	Beisitzer
3.	Herr Pietsch,	stellv. Beisitzer
4.	Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der am 28.10.48 ausgesprochenen Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Todendorf.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst nunmehr in Abänderung des Beschlusses vom 28.10.48, Schwalenberg von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten auszuschliessen.
Wie aus der hier eingegangenen Strafliste des Strafregisterführers in Dessau ersichtlich, ist Sch. von 1921 bis 1939 insgesamt 18 mal aus kriminellen Gründen bestraft. Zuletzt am 10.7.39 wegen gemeinschaftl. fortges. Betruges zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Es darf ohne weiteres unterstellt werden, dass Sch. als Vorbeugungshäftling inhaftiert und aus diesem Grunde zu Unrecht als ehem. polit. Verfolgter anerkannt wurde.

- -

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

Kreisarchiv Stormarn B2

4. Juli 1950

2

- Schwalenberg - D./K.

1/ An die
Staatsanwaltschaft
in L ü b e c k

Gemäss Beschluss des Kreissonderhilfsausschusses erhebe ich hiermit gegen den zu Todendorf wohnhaften, z. Zt. in Hamburg - Duvenstedt, Hoopwischen 30, aufhältlichen Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g Strafanzeige wegen versuchten Betruges.

Begründung:

Friedrich Wilhelm Schwalenberg, geb. 27.9.94 in Calbe/Saale, hat am 31.12.47 bei dem Kreissonderhilfsausschuss in Ratzeburg Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten gestellt und behauptet, wegen Hochverrat vom 17.8.44 - 15.5.45 in Theresienstadt inhaftiert gewesen zu sein. Abschrift des Fragebogens liegt an. Die Richtigkeit seiner Angaben erhärtete Schw. durch eine in beglaubigter Abschrift vorliegende Bestätigung des Polizeioberstleutnants des Juristischen Dienstes im Innenministerium Prag, worin dieser erklärte, dass Wilh. Schwalenberg im Kz. Theresienstadt ein guter Kamerad war. Schwalenberg soll nach dieser Bestätigung mit vielen anderen Leidensgenossen durch das Volsgericht Leitmeritz am 8.4.45 zum Tode verurteilt worden sein. Der zu Berlin-Lichterfelde-West, Finckensteinallee 141, wohnhafte Peter Rath bestätigte, dass Schw. als polit. Häftling in Theresienstadt war. Am 12.4.49 erteilte die Staatsanwaltschaft in Dessau der Landesregierung in Kiel eine Strafliste über Friedrich Wilhelm Schwalenberg, geb. 27.9.93 in Calbe, Schw. ist jedoch ausweislich einer von mir eingezogenen Geburtsurkunde am 27.9.94 in Calbe geboren. Aus dieser Strafliste ergibt sich, dass Schwalenberg seit 18.7.21 - 10.7.39 insgesamt 17 mal wegen krimineller Strafen in Haft genommen wurde. Die letzte, am 10.7.39 durch die grosse Strafkammer des Landgerichts Magdeburg unter dem Aktz. 10 KMs. 6/39 verhängte Strafe wegen gemeinschaftlich fortgesetzten Betruges, lautete auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Die Strafe war am 24.7.41 verbüsst. Aus diesen Unterlagen ergibt sich, dass Schw. nicht als polit., sondern als krimineller Häftling in Haft genommen wurde. Seine Angaben, wegen der Verurteilung durch das Volksgericht Leitmeritz, sind von ihm in keiner Weise bewiesen. Schwalenberg hat, unterstützt durch die Zeugenaussagen, bewusst versucht, sich als ehem. polit. Verfolgter auszugeben.
Bei seiner Anmeldung bei der Amtsverwaltung in Mollhagen gibt Schw. als Geburtsort Hohndorf/Sa. an. Schw. hat unter Ausnutzung dieser seiner bewussten unrichten Angaben und der unrichtigen Zeugenaussagen insbesondere am 21.5.49 eine einmalige Beihilfe von 500,-- DM und nach dem Rentengesetz vom 4.3.48 Rentenvorschüsse von insgesamt 1.547,90 DM erhalten. Das Verhalten des Schwalenberg ist so verwerflich und das Ansehen der polit. Verfolgten schädigend, so dass hier nur mit einer empfindlichen Strafe geahndet werden kann.
Ich bitte um Erteilung einer Abschrift der Anklageschrift.

2/ Wv. sofort.

In Vertretung:

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß

Bad Oldesloe, den 4. Juli 1950

Fernruf: Sammel-Nr. 151
Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postscheck-Konto: Hamburg 13

3

Abt.: - Sonderhilfsausschuß - 4 - 1/9 -

G.-Z.: - Schwalenberg - D./K.

An die
Staatsanwaltschaft
in L ü b e c k

Gemäss Beschluss des Kreissonderhilfsausschusses erhebe ich hiermit gegen den zu Todendorf wohnhaften, z. Zt. in Hamburg - Duvenstedt, Hoopwischen 30, aufhältlichen Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g Strafanzeige wegen versuchten Betruges.

Begründung:

Friedrich Wilhelm Schwalenberg, geb. 27.9.94 in Calbe/Saale, hat am 31.12.47 bei dem Kreissonderhilfsausschuss in Ratzeburg Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten gestellt und behauptet, wegen Hochverrat vom 17.8.44 - 15.5.45 in Theresienstadt inhaftiert gewesen zu sein. Abschrift des Fragebogens liegt an. Die Richtigkeit seiner Angaben erhärtete Schw. durch eine in beglaubigter Abschrift vorliegender Bestätigung des Polizeioberstleutnants des Juristischen Dienstes im Innenministerium Prag, worin dieser erklärte, dass Wilh. Schwalenberg im Kz. Theresienstadt ein guter Kamerad war. Schwalenberg soll nach dieser Bestätigung mit vielen anderen Leidensgenossen durch das Volsgericht Leitmeritz am 8.4.45 zum Tode verurteilt worden sein. Der zu Berlin-Lichterfelde-West, Finckensteinallee 141, wohnhafte Peter Rath bestätigte, dass Schw. als polit. Häftling in Theresienstadt war. Am 12.4.49 erteilte die Staatsanwaltschaft in Dessau der Landesregierung in Kiel eine Strafliste über Friedrich Wilhelm Schwalenberg, geb. 27.9.93 in Calbe, Schw. ist jedoch ausweislich einer von mir eingezogenen Geburtsurkunde am 27.9.94 in Calbe geboren. Aus dieser Strafliste ergibt sich, dass Schwalenberg seit 18.7.21 - 10.7.39 insgesamt 17 mal wegen krimineller Strafen in Haft genommen wurde. Die letzte, am 10.7.39 durch die grosse Strafkammer des Landgerichts Magdeburg unter dem Aktz. 10 KMs. 6/39 verhängte Strafe wegen gemeinschaftlich fortgesetzten Betruges, lautete auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Die Strafe war am 24.7.41 verbüsst. Aus diesen Unterlagen ergibt sich, dass Schw. nicht als polit., sondern als krimineller Häftling in Haft genommen wurde. Seine Angaben, wegen der Verurteilung durch das Volksgericht Leitmeritz, sind von ihm in keiner Weise bewiesen. Schwalenberg hat, unterstützt durch die Zeugenaussagen, bewusst versucht, sich als ehem. polit. Verfolgter auszugeben.
Bei seiner Anmeldung bei der Amtsverwaltung in Mollhagen gibt Schw. als Geburtsort Hohndorf/Sa. an. Schw. hat unter Ausnutzung dieser seiner bewussten unrichten Angaben und der unrichtigen Zeugenaussagen insbesondere am 21.5.49 eine einmalige Beihilfe von 500,-- DM und nach dem Rentengesetz vom 4.3.48 Rentenvorschüsse von insgesamt 1.547,90 DM erhalten. Das Verhalten des Schwalenberg ist so verwerflich und das Ansehen der polit. Verfolgten schädigend, so dass hier nur mit einer empfindlichen Strafe geahndet werden kann.
Ich bitte um Erteilung einer Abschrift der Anklageschrift.

In Vertretung:

13. Juli 1950

– Schwalenberg – D./K.

An die
Landesregierung Schleswig – Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A Pol. wi. Gu.
<u>in Kiel</u>

<u>Betrifft:</u> Odm. Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Todendorf.
Aktz.: Be./142.

In der Anlage überreiche ich eine Abschrift der von mir erhobenen Strafanzeige wegen versuchten Betruges zur Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Abschrift.

(24a) Bad Oldesloe den 4. Juli 1950

Kreisausschuss
des Kreises Stormarn
- Sonderhilfsausschuss 4-1/9 -
G.Z.: - Schwalenberg - D./K.

An die
Staatsanwaltschaft
in Dessau

In der Anlage reiche ich die Strafliste des Friedrich Wilhelm Schwalenberg, geb. 27.9.94 in Calbe/S. zurück.

Eine von mir eingezogene Geburtsurkunden hat ergeben, dass Schw. nicht am 27.9.93 sondern am 27.9.94 geboren ist. Durch die Angabe eines unrichtigen Geburtsdatums in der Strafliste ist eine unrechtmässige Zahlung an Schwalenberg erfolgt. Ich habe dieserhalb Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaf in Lübeck erstatten müssen. Schwalenberg hat versucht, durch Angabe unrichtiger Daten pp. eine Haftentschädigung und eine Rente zu erhalten.

Im Auftrage:
gez. Unterschrift.

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

6

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Lübeck, den 13. Juli 1950.
Gr. Burgstraße 2–4
Fernsprecher: 26040, 25186/9

Aktenzeichen: 2 Js 293/50. Mi.

22. JULI 1950
24.VII

An den
K r e i s a u s s c h u s s
-Sonderhilfsausschuss- Stormarn

in Bad Oldesloe/Holstein

4-1/9

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g wegen Betrugs.

Bezug: Ihre Anzeige vom 4. 7. 1950 (Abt.: Sonderhilfsausschuss - 4 - 1/9 -; Gesch.Z.: Schwalenberg - D./K.).

Zur Bearbeitung des Falles ist die Einsichtnahme in die dort über Schwalenberg geführten Akten des Kreissonderhilfsausschusses unerlässlich. Ich bitte daher um möglichst umgehende Überlassung dieser Akten.

Zugleich bitte ich um Angabe, von wann bis wann und von wem Schwalenberg Rente erhalten hat sowie um Beifügung auch des hierüber ergangenen Schriftwechsels (Antrag, Bewilligungsverfügung usw.).

Im Auftrage:
gez. T i s c h e r.

Beglaubigt:
Justizangestellter

Bad Oldesloe, den 25. Juli 1950

- Schwalenberg - D./K.

Urschriftlich
an die Staatsanwaltschaft

in D e s s a u

zurück unter Beifügung des Strafregisterauszuges mit der Bitte um Berichtigung.

h 26/7. [signature]

Im Auftrage:
[signature]

Kreisarchiv Stormarn B2

25. Juli 1950

- Schwalenberg - D./K.

1/ An den
Herrn Oberstaatsanwalt
beim Landgericht

in Lübeck

In der Ermittlungssache S c h w a l e n b e r g nehme ich Bezug auf das dortige Schreiben vom 13.d.Mts.

Aktz.: 2 Js 293/50

und übersende meine Handakten. Wegen der Zahlung bezüglich der OdN.-Rente nehme ich auf den anliegenden Zahlbogen Bezug.
Das Rentenantragsformular befindet sich bei der Landesregierung Schleswig - Holstein, Der Landesminister des Innern Ref. I/8 A Pol. wi. Gu. in Kiel zum Geschäftszeichen Be./142.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

9

Der Oberstaatsanwalt
- 2 Js 293/50 -

Lübeck, den 1.August 1950./R.

Verwaltung des Kreises Stormarn
-4. AUG. 1950
5

An den

Kreisausschuss
-Sonderhilfsausschuss - Stormarn
in Bad Oldesloe.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g wegen Betrugs.

Bezug: Ihre Anzeige vom 4.7.1950 (Abt.:Sonderhilfsausschuss - 4 - 1/9 -; Gesch.Z.: Schwalenberg - D./K.).

In vorbezeichnetem Ermittlungsverfahren erinnere ich an Erledigung meines Schreibens vom 13. Juli 1950 mit dem um möglichst umgehende Überlassung der dort geführten Akten des Kreissonderhilfsausschusses über Schwalenberg zur Einsichtnahme gebeten wurde.

Zugleich wurde um Angabe gebeten, von wann bis wann und von wem Schwalenberg Rente erhalten hat sowie um Beifügung auch des hierüber ergangenen Schriftwechsels (Antrag, Bewilligungsverfügung usw.).

Bd.O., 7.8.50
zum Vorgang.

Im Auftrage:
gez. T i s c h e r .

Beglaubigt:
Justizangestellter.

Kreisarchiv Stormarn B2

10

3. November 1950

- Schwalenberg - D./K.

An die
Oberstaatsanwaltschaft
in Lübeck

In der Ermittlungssache Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g

Aktz.: 2 Js 293/50

bitte ich um Mitteilung über den Stand des Verfahrens.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Der Oberstaatsanwalt. Lübeck, den 8. November 1950.
2 Js. 293/50 Wi.

des Kreises ... 11. NOV. 19..

An
den Sonderhilfsausschuss
des Kreises Stormarn
in Bad Oldesloe. Zu 4 - 1/9 (Schwalenberg)

In der Strafsache gegen Friedrich Wilhelm Schwalenberg wird auf die dortige Anfrage vom 3.11.1950 mitgeteilt, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind.

J. A.
gez. T i s c h e

Begl. 14. 11. 50
Zum Vorgang.

Beglaubigt:
Justizangestellter.

Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lübeck Kanzlei

---

3. November 1950

- Schwalenberg - D./K.

An die
Oberstaatsanwaltschaft
in Lübeck

In der Ermittlungssache Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g
Akts.: 2 Js 293/50
bitte ich um Mitteilung über den Stand des Verfahrens.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

12

17. März 1951.

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 Schwalenberg-D./-

An den
Herrn Oberstaatsanwalt,

zu 19/3.

L ü b e c k .

In der Strafsache gegen Friedrich Wilhelm Schwalenberg
-Aktenzeichen: 2 Js. 293/50 -
nehme ich Bezug auf meinen Strafantrag vom 4. Juli 1950 und bitte um Mitteilung, ob inzwischen Strafanzeige erhoben wurde und ggf. bei welchem Gericht. Welches Aktenzeichen ist ggf. dort bekannt?

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

13

Der Oberstaatsanwalt
- 2 Js 64/51 -

Lübeck, den 27.3.1951.
R.

-3. APR. 1951

14/4

An

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuss
-Sonderhilfsausschuss-

Bad Oldesloe.

Betr.: Strafsache gegen Friedrich Schwalenberg.

Bezug: Dort. Schreiben v. 17.3.51 - 4-I/9 Schwalenberg-D

In obiger Strafsache wird mitgeteilt, dass das Verfahren hier unter 2 Js 64/51 bearbeitet wird, aber noch nicht abgeschlossen ist.

Bad O. 4.4.51

Zum Vorgang.

I.A.
gez. Tischer.

Beglaubigt:

Justizangestellter

Kreisarchiv Stormarn B2

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
DER LANDESMINISTER DES INNERN

(24b) KIEL, den 18. Mai 1951
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 21480-84
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags und freitags
von 0900-1300 Uhr

Geschäftszeichen: Ref. I 16 - i - Be. 142
(Im Antwortschreiben anzugeben) Bt./Cb.

Kreis Stormarn
21 MAI 1951
Tgb. Nr. 122

An den Herrn Landrat
für den Kreis Stormarn
-Kreissonderhilfsausschuss-
Bad Oldesloe

Betrifft: Be. 142 - Wilhelm Schwalenberg, Trittau-
Bezug: Ihr Schreiben vom 13. Juli 1950.

Nach der mir überlassenen Durchschrift des Schreibens an die Staatsanwaltschaft Lübeck vom 4. Juli 1950 haben Sie gegen Wilhelm Schwalenberg eine Strafanzeige wegen versuchten Betruges erstattet.
Ich bitte Sie, mich über den Stand des Strafverfahrens durch einen Bericht zu informieren.

Im Auftrage:
Kelch

Absender:

Postkarte

An
Kreis Stormarn
Der Kreisausschuss
-Sonderhilfsausschuss-
Bad Oldesloe

Kreisarchiv Stormarn B2

A5

24. Mai 1951

- Schwalenberg -   D./K.

An den
Herrn Oberstaatsanwalt
beim Landgericht

in Lübeck

p 25/5. [illegible]

In der Strafsache gegen Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g

Aktz.: 2 Js. 64/51

nehme ich Bezug auf die dortige Mitteilung vom 27.3.51 und bitte um Mitteilung, ob das Verfahren inzwischen abgeschlossen ist.

Im Auftrage des Landrats:

[illegible]

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

K r e i s   S t o r m a r n
- Der Kreisausschuss -
Sonderhilfsausschuss
4-1/9

Bad Oldesloe, den 16. Januar 1951

Herrn/~~Frau~~/Fräulein
Bruno Krakau
in Willinghusen

In Ihrer OdN.-Rentensache nehme ich Bezug auf den von Ihnen gestellten Rentenantrag und teile Ihnen mit, dass der Landesrentenausschuss bei mir eine Abrechnung angefordert hat, um eine Entscheidung über den Rentenantrag treffen zu können.

Um diese Angaben machen zu können, bitte ich Sie, die nachstehend aufführten Fragen zu beantworten und mir den ausgefüllten Fragebogen postwendend zurückzusenden. Die Angaben wollen Sie so gewissenhaft machen, dass keine Rückfragen usw. erforderlich sind. Erforderlich ist, dass Sie die Angaben hinsichtlich Ihres Einkommens durch Unterlagen nachweisen. Bei dem Bezug einer Rente wollen Sie Ihren Rentenbescheid einsenden, der Ihnen alsdann nach Einsichtnahme zurückgesandt wird. Sollten Sie in Arbeit stehen, ist erforderlich, dass Sie eine Verdienstbescheinigung über Ihr gegenwärtiges Einkommen beifügen, und zwar sowohl hinsichtlich Ihres Brutto- und Netto-Einkommens.

1. Sind Sie verheiratet?

2. Anzahl Ihrer Kinder unter gleichzeitiger Angabe des Geburtsdatums

16

24. Mai 1951

- Schwalenberg -

D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I 16 e - Pol. Wi. Gu. -

in Kiel

ab 26/5.

Betrifft: Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Hamburg - Duvenstedt.
Bezug: Erlass vom 18.5.51, Akts.: Be./142.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass berichte ich, dass mir der Herr Oberstaatsanwalt in Lübeck am 27.3.51 mitteilte, dass das unter 2 Js. 64/51 anhängige Strafverfahren gegen Schwalenberg noch nicht abgeschlossen sei.
Ich habe heute nochmals Rückfrage nach dem Stand des Strafverfahrens gehalten.

Im Auftrage des Landrats:

Inches 1 2 3 4 5 6 7 8
Centimetres 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19
Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

Kreisarchiv Stormarn B2

K r e i s S t o r m a r n
- Der Kreisausschuss -
Sonderhilfsausschuss
4-1/9

Bad Oldesloe, den 16. Januar 1951

Herrn/~~Frau~~/~~Fräulein~~
Bruno Kr.aken
in Willinghusen

In Ihrer OdN.-Rentensache nehme ich Bezug auf den von Ihnen gestellten Rentenantrag und teile Ihnen mit, dass der Landesrentenausschuss bei mir eine Abrechnung angefordert hat, um eine Entscheidung über den Rentenantrag treffen zu können.

Um diese Angaben machen zu können, bitte ich Sie, die nachstehend aufführten Fragen zu beantworten und mir den ausgefüllten Fragebogen postwendend zurückzusenden. Die Angaben wollen Sie so gewissenhaft machen, dass keine Rückfragen usw. erforderlich sind. Erforderlich ist, dass Sie die Angaben hinsichtlich Ihres Einkommens durch Unterlagen nachweisen. Bei dem Bezug einer Rente wollen Sie Ihren Rentenbescheid einsenden, der Ihnen alsdann nach Einsichtnahme zurückgesandt wird. Sollten Sie in Arbeit stehen, ist erforderlich, dass Sie eine Verdienstbescheinigung über Ihr gegenwärtiges Einkommen beifügen, und zwar sowohl hinsichtlich Ihres Brutto- und Netto-Einkommens.

1. Sind Sie verheiratet?

2. Anzahl Ihrer Kinder unter gleichzeitiger Angabe des Geburtsdatums

---

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Lübeck, den 4. Juni 1951.
Gr. Burgstraße 2–4
Fernsprecher: 26040, 25186/9
R.

Aktenzeichen: - 2 Js 64/51 -

An
Kreis Stormarn
Der Kreisausschuss
-Sonderhilfsausschuss -4- 1/9 -
in Bad O l d e s l o e .

des Kreises Stormarn
- 8. JUNI 1951

Betr.: hiesiges Ermittlungsverfahren gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g wegen Betrugs

Auf die Anfrage vom 24.5.1951:

Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

10.

13. Juni 1951

- Sozial- und Jugendamt -
Schwalenberg - 4-1/9 - D./Re.

1/ An
die Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium des Innern
- Ref. I/16 i - Pol.Wi.Gu. -
in K i e l

Betr.: Wilhelm S c h w a l e n b e r g .
Bezug: Erlass vom 18.5.1951 - Az.: Be. 142.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass berichte ich, dass der Herr Oberstaatsanwalt in Lübeck mir am 4. d.Mts. mitteilte, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

1. Februar 1952.

Sonderhilfsausschuss

4-1/9 Schwalenberg-D./-

An den Herrn
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht,

Lübeck.

In der Strafsache gegen Friedrich-Wilhelm Schwalenberg

-Aktenzeichen: 2 Js 64/51 -

nehme ich Bezug auf den dortigen Bericht vom 4.6.1951 und bitte nunmehr um Mitteilung über den Stand des Strafverfahrens.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuss
Abt.: Sozial- u. Jugendamt
Körperbehinderten-u.Hinterbliebenenfürsorge 4 - 1/8.

Bad Oldesloe, den 1951

An die
Stadt / Amts / Gemeindeverwaltung
in

Betrifft: Versorgungsbezüge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Dem Schwerbeschädigten . . . . geb. . . . .

wohnhaft in . . . . sind Versorgungsbezüge nach den Bundesversorgungsgesetz mit Wirkung vom . . . . ab in folgender Höhe bewilligt worden:

Grundrente	DM
Ausgleichsrente	DM
Pflegezulage	DM
zus.:	DM

Die bisherige Rente betrug mtl. .... DM. Die laufende Zahlung beginnt mit dem . . . . 1951.
Für die Zeit vom . . . . bis . . . . wird als Härteausgleich eine einmalige Zuwendung in Höhe der Hälfte der Rentenminderung von .... DM gewährt. Dieser Betrag wird zusammen mit der Grundrente für den Monat . . . . . . gezahlt.
Im Falle der Zahlung einer Fürsorgeunterstützung bitte ich um Ueberprüfung des Fürsorgefalles.

Im Auftrage:

20

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
- 2 Js 992/51 -

Lübeck, den 16.2.1952
Schu.

Kreis Stormarn
Kreisausschuss
Sonderhilfsausschuss
(24a) Bad Oldesloe.

Verwaltung des Kreises Stormarn
22 FEB 1952

Ihr G.-Z. 4 - 1/9 Schwalenberg -D./ -

In der Strafsache gegen Friedrich-Wilhelm Schwalenberg wird mitgeteilt, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Akten liegen z.Z. dem Bundeskriminalamt zur Erstattung eines Schriftgutachtens vor.

I.A.
gez. Pfitzinger.

Beglaubigt:
Justizangestellter.

Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lübeck Kanzlei

Bdl. 25.2.52
Zum Vorgang

52

29. Mai 1952

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 - Schwalenberg -

D./K.

An den
I. T. S.

z. 30/5.

(16) in A r o l s e n
(Waldeck)

In der Anlage übersende ich einen Fragebogen hinsichtlich des Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g, jetzt wohnhaft in Grussendorf, mit der Bitte um Prüfung.
Sch. behauptet, aus polit. Gründen in Haft gewesen zu sein, während bisher festgestellt werden konnte, dass Schwalenberg seit 1921 erheblich wegen krimineller Delikte bestraft ist. Es besteht daher durchaus die Möglichkeit, dass Sch. als Krimineller inhaftiert war. Er bestreitet trotz vorliegender einwandfreier Unterlagen, überhaupt aus kriminellen Gründen verurteilt worden zu sein.
Er gibt weiter an, ~~doch~~ im Mai 1945 durch das Volksgericht in Leitmeritz zum Tode verurteilt worden zu sein. Durch den Einmarsch der alliierten Truppen sei jedoch diese Strafe nicht vollstreckt worden.
Da die Angelegenheit eilt, bitte ich, soweit irgend möglich, um baldige Auskunft.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

K r e i s S t o r m a r n
Der Kreisausschuss
Sozial- u.Jugendamt 4-1/8

Bad Oldesloe, den

An das
Versorgungsamt
in L ü b e c k

In der Fürsorgesache
in

Aktz.: ___________

übersende ich anliegend unter Bezugnahme auf die Besprechung vom 29.11.51 einen Antrag auf eine einmalige Unterstützung mit der Bitte um wohlwollende dortige Entscheidung.
Ein besonderer Notstand wird anerkannt. Die in dem Antrag gemachten Angaben sind zutreffend.

Im Auftrage des Landrates:

22

( ) Stichtagsbescheinigung ( ) Auskunft üb. Auswanderung
( ) Auszug Fotokopie v. Krankenpapieren ( ) Sterbeurkunde
(X) Inhaftierungsbescheinigung (+) Inhaftierungsgrund

Name: Schwalenberg Mädchenname: /
Vorname: Friedrich Wilhelm m / w Religion: ev.
Evtl. z. Tarnung angegebene Personalien der- und Berufe:
Geburtsdatum: 27.9.94 oder 1893 Geburtsort: Hohendorf / Calbe / Magdeburg (Kreis) (Land)
Familienstand verh. Beruf: Kaufmann + Landwirt
z.Zt.d.Inhaftierung Staatsangehörigkeit: deutsch (früher) / deutsch (heute)
Ehegatte – Name (Mädchenname) Vorname u. Adresse: Margarethe geb. Schwalenberg
Ort u. Datum d. Eheschliessung: ?
Letzter Wohnort vor Einlieferung i.d. Konzentrationslager: Pilsen (Ort) / (Strasse) / (Kreis) / (Land)
Name d. Vaters: Wilhelm Sch. Name d. Mutter: Margarethe geb. Herbst

Angaben über verschiedene Aufenthalte in Konzentrationslagern, Ghettos, Gefängnissen und anderen Lagern:
Verhaftet am: 17.8.44 in: Liblingen Durch: Gestapo
Eingeliefert in das: Kz. Lager Theresienstadt Häftl.Nr. 3874/44
am: 17.8.44 einweisende Stelle: Volksgericht Leitmeritz
Überstellt zum: ? am: ? Häftl.Nr.: ?
Überstellt zum: am: Häftl.Nr.:
Überstellt zum: am: Häftl.Nr.:
Befreit, entlassen oder gestorben am: 5.5.45 in: Theresienstadt
Weitere Angaben: bitte Rückseite benutzen

Nur bei Anforderung von Stichtagsbescheinigungen auszufüllen.
DP Nr. / Aufenthalte i.d.DP Lagern: /

/ den /
Aktz.:

29. Mai 1952

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 - Schwalenberg -

D./K.

An den
Herrn Oberstaatsanwalt

<u>in Lübeck</u>

In der Ermittlungssache gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a - l e n b e r g in Grussendorf

<u>Aktz.: 2 Js 992/51</u>

reiche ich anliegend die Akten nach Einsichtnahme zurück mit dem Bemerken dass der Antragsteller Schwalenberg auch ohne Angabe der Frage im Fragebogen hinsichtlich der Vorstrafen verpflichtet war, diese anzugeben, da ihm bekannt war, dass nur solche Personen Sonderhilfe berechtigt waren, die sich würdig erwiesen.
Ob der Beschuldigte mündlich auf diese Bestimmungen besonders hingewiesen wurde, dürfte der Geschäftsführer des Sonderhilfsausschusses Ratzeburg, Herr Harwardt, bestätigen können, da dieser den Fragebogen entgegen genommen hat.
Die Auskunft von dem internationalen Suchdienst in Arolsen wurde angefordert.
Aus dem gesamten bisherigen Verhalten des Beschuldigten ist unzweifelhaft ersichtlich, dass er versucht, auch weiterhin als unbestraft zu gelten.

<u>Ich</u>

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

K r e i s   S t o r m a r n
Der Kreisausschuss
Sozial- u.Jugendamt 4-1/8

Bad Oldesloe, den

An das
Versorgungsamt
in Lübeck

In der Fürsorgesache
in

Aktz.:

übersende ich anliegend unter Bezugnahme auf die Besprechung vom 29.11.51 einen Antrag auf eine einmalige Unterstützung mit der Bitte um wohlwollende dortige Entscheidung.
Ein besonderer Notstand wird anerkannt. Die in dem Antrag gemachten Angaben sind zutreffend.

Im Auftrage des Landrates:

24

Ich bitte daher um eine harte Bestrafung, sofern dem Beschuldigten nachgewiesen ist, dass er bewusst unrichtige Angaben gemacht hat, um Staatsgelder für sich in Anspruch zu nehmen, die ihm nicht zustehen.

2/4.

Im Auftrage des Landrates:

Farbkarte #13

B.I.G.

Kreisarchiv Stormarn B2

K r e i s S t o r m a r n
Der Kreisausschuss
Sozial- u.Jugendamt 4-1/8

Bad Oldesloe, den

An das
Versorgungsamt
in L ü b e c k

In der Fürsorgesache
in

Aktz.:

übersende ich anliegend unter Bezugnahme auf die Besprechung vom 29.11.51 einen Antrag auf eine einmalige Unterstützung mit der Bitte um wohlwollende dortige Entscheidung.
Ein besonderer Notstand wird anerkannt. Die in dem Antrag gemachten Angaben sind zutreffend.

Im Auftrage des Landrates:

25

ALLIED HIGH COMMISSION FOR GERMANY
HAUTE COMMISSION ALLIEE EN ALLEMAGNE

INTERNATIONAL TRACING SERVICE
APO 171 U.S. ARMY
or: (16) AROLSEN (Waldeck), Germany

SERVICE INTERNATIONAL DE RECHERCHES
APO 171 U.S. ARMY
ou: (16) AROLSEN (Waldeck), Allemagne

Telephone: Arolsen 434. Ext. No. 93
Cables, telegrams: ITS Arolsen

Verwaltung des Kreises Stormarn
12. JUNI 1952
Akt./Tgb.Nr.

Arolsen, 11 JUN 1952

UNSER ZEICHEN : 6/19 TD-268 283

IHR ZEICHEN : G.Z. 4-1/9- Schwalenberg - D./K.

AN : den Sonderhilfsausschuß
Kreis Stormarn
(24a) Bad O l d e s lo e

BETRIFFT : Friedrich Wilhelm SCHWALENBERG,
geb. 27.9.94 oder 93

Bezugnehmend auf Ihren Antrag vom 29.5.52 zwecks Ausstellung einer Inhaftierungsbescheinigung für Friedrich Wilhelm SCHWALENBERG bedauern wir Ihnen mitteilen zu müssen, daß beim ITS für obengenannte Person keine Unterlagen vorliegen, die die Ausstellung einer Inhaftierungsbescheinigung ermöglichen.

Unsere Dokumente ergänzen sich jedoch laufend und sollten wir noch irgendwelche Unterlagen erhalten, werden wir Ihren Fall erneut überprüfen und Sie unverzüglich benachrichtigen.

Unsere Unterlagen von dem Lager Theresienstadt sind unvollständig und wir raten Ihnen, bei anderen Stellen weitere Informationen einzuholen.

Für den Leiter des I.T.S.

(J.NOWEY)

C-3 /HeM

28. Juni 1952

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 - Schwalenberg -

D./K.

An die
Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes

in Lübeck
Schwartauer Allee 9 b

In einer hier anhängigen Angelegenheit bitte ich um Mitteilung, ob dort bekannt ist, bei welcher Dienststelle Unterlagen hinsichtlich des Lagers Theresienstadt vorhanden sind. Im vorliegenden Falle handelt es sich um einen Friedrich - Wilhelm S c h w a l e n b e r g, geb. 27.9.94 oder 1893, der am 17.8.44 in das Lager Theresienstadt unter der Häftlingsnr. 3874/44 eingeliefert wurde. Die Einweisung soll durch das Volksgerichte Leitmeritz erfolgt sein. Seine Entlassung erfolgte am 5.5.45 durch Befreiung.
Ich bitte um Prüfung und Mitteilung, ob dort oder bei einer sonstigen Dienststelle Unterlagen vorhanden sind.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

27

28. Juni 1952

- Schwalenberg -

D./K.

An den
Herrn Oberstaatsanwalt

in Lübeck

27/7. [initials]

In der Ermittlungssache gegen den Landwirt Friedrich - Wilhelm S c h w a l e n b e r g

Aktz.: 2 Js. 992/51

teile ich im Nachgang zu meinem Bericht vom 29.5.52 mit, dass mir vom I.T.S. in Arolsen mitgeteilt wurde, dass dort Unterlagen über Schwalenberg nicht vorliegen. Die Unterlagen von dem Lager Theresienstadt sind unvollständig.

Im Auftrage des Landrates:

28

28. Juni 1952

Sonderhilfsausschuss

A-I/6 - Schwalenberg -

D./K.

An die
Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes

in Lübeck
Schwartauer Allee 9 b

[initials] 27/7.

In einer hier anhängigen Angelegenheit bitte ich um Mitteilung, ob dort bekannt ist, bei welcher Dienststelle Unterlagen hinsichtlich des Lagers Theresienstadt vorhanden sind. Im vorliegenden Falle handelt es sich um einen Friedrich - Wilhelm S c h w a l e n b e r g, geb. 27.6.94 oder 1892, der am 17.8.44 in das Lager Theresienstadt unter der Häftlingsnr. 3874/44 eingeliefert wurde. Die Einweisung soll durch das Volksgerichte [illegible] erfolgt sein. Seine Entlassung erfolgte am 5.5.45 durch Befreiung.

Ich bitte um Prüfung und Mitteilung, ob dort oder bei einer sonstigen Dienststelle Unterlagen vorhanden sind.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

Kreisarchiv Stormarn B2

28

Landessekretariat
V.V.N.
Schleswig-Holstein

Kiel, den 5. Juli 1952
Legienstr. 24/Gewerkschaftshaus
Telefon 41 626
Po./-

Kreis Stormarn
Der Kreisausschuss
Sonderhilfsausschuss

B A D   O L D E S L O E

Eingang des Kreises Stormarn
-7. JULI 1952
Tgb. Nr.

Betr. Wilhelm S c h w a l b e n b e r g

Zu Ihrer Anfrage vom 28. Juni können wir Ihnen mitteilen, dass gerichtsnotorisch bekannt ist, dass das Lager Theresienstadt ein Konzentrationslager war, in das rassisch inhaftierte Menschen eingewiesen wurden.
In dieses Lager ist diese Kategorie Häftlinge im wesentlichen aus Deutschland eingewiesen worden.
Welche Stelle immer im Einzelnen diese Einweisung vornahm dürfte dabei uninteressant sein, da im allgemeinen der damalige Wohnort des Verfolgten eine Rolle spielte.
Der Tag der Befreiung ist der Tag, an dem die Rote Armee dieses Lager entsetzte und damit die Haft für diese Menschen aufhob.
Unterlagen über diese Vorgänge sind bei allen Dienststellen die sich mit Wiedergutmachungsfragen beschäftigen vorhanden, auch in Kiel bei der Landes-Regierung.
Es dürfte aber auch zu empfehlen sein, sich mit den Jüdischen Gemeinden, bezw. mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland Hamburg in Verbindung zu setzen, die aus speziellen Gründen diese Materialien besonders gesammelt haben.

I.A.

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes V V N

(Curt Posener)

29

15. Juli 1952.

Sonderhilfsausschuss
4-1/S Schwalenberg-D./-

An den
Zentralrat der Juden,

Hamburg.

Der am 27.9.1893 oder 27.9.1894 in Hohndorf/Calbe geborene Friedrich-Wilhelm Schwalenberg hat bei dem Kreissonderhilfsausschuss Stormarn einen Wiedergutmachungsantrag laufen und u.a. angegeben, aus rassischen Gründen vom 17.8.1944 bis 5. Mai 1945 im dem Lager Theresienstadt unter der Nr. 3874/44 inhaftiert gewesen zu sein. Inzwischen konnte jedoch festgestellt werden, dass Sch. erheblich vorbestraft ist und somit anzunehmen ist, dass er, wenn überhaupt inhaftiert, aus anderen als rassischen Gründen inhaftiert war.

Ich wäre daher für eine Auskunft sehr dankbar, ob hinsichtlich des Schwalenberg Unterlagen vorhanden sind, aus welchen sich Haft und Haftgrund ergeben.

Für eine baldige Stellungnahme wäre ich sehr dankbar.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

30

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

(24a) Lübeck, den 9.März 1953
Gr. Burgstraße 2—4
Fernsprecher: 26040, 25186/9

Aktenzeichen: 2 Js 992/51

Schu.

Kreisausschuß des Kreises Stormarn
14.MRZ 1953
Anl. Abgb. Nr.

An den
Kreissonderhilfsausschuss
Bad Oldesloe
zum Aktenzeichen: 4 - 1/9 - .

In dem Strafverfahren gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g , Grussendorf, Krs.Gifhorn, geb. 27.9.1893 oder 1894 in Hohendorf-Calbe/Saale, Krs.Schönebeck, wegen Rückfallbetruges übersende ich in der Anlage eine Abschrift der Anklageschrift vom heutigen Tage mit der Bitte um Kenntnisnahme.

gez. R o s g a .

Beglaubigt:

Justizangestellter.

Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lübeck

1 Anlage!

Bad, 9.4.53
Zum Vorgang.

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13
B.I.G.
Kreisarchiv Stormarn B2

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
- 2 Js 992/51 -

Lübeck, den 9.März 1953
Schu. 8 x

An das
Landgericht - II. Gr.Strafkammer
in L ü b e c k .

Anklageschrift.

Den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a l e n - b e r g , geboren am 27.9.1894 in Hohendorf/Calbe/Saale, Krs. Schönebeck, wohnhaft in Grussendorf, Krs.Giffhorn, D.R., verheiratet, 17-mal vorbestraft, darunter mehrfach einschlägig, u.a.

1. am 10.10.1933 durch das Schöffengericht Brandenburg - 4 M 41/33 - wegen Betruges zu 6 Monaten Gefängnis (verbüsst am 18.1.1935),
2. am 17.11.1934 durch die Gr.Strafkammer V LG. Magdeburg - 9 KM 48/34 - wegen fortgesetzten Betruges i.T. mit schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 2-mal 30,-- RM Geldstrafe, ersatzweise je 6 Tage Gefängnis (verbüsst am 18.11.1938),
3. am 10.7.1939 durch die Strafkammer Magdeburg - 10 KMs 6/39 - wegen gemeinschaftl. fortges. Betruges zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust (verbüsst am 24.7.1941),

klage ich an,

in der Zeit vom 31.12.1947 bis zum Frühjahr 1949
in R a t z e b u r g und an anderen Orten

fortgesetzt handelnd

in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt zu haben, dass er durch Vorspiegelung falscher und Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregte,

bezw. dies versucht zu haben,

und zwar unter den Voraussetzungen des strafschärfenden Rückfalls.

Kreisarchiv Stormarn B2

Obwohl er von dem Zeugen H a w a r d t am 31.12.1947 bei Stellung eines Antrages auf Gewährung einer Beschädigtenrente beim Sonderhilfsausschuss ausdrücklich nach kriminellen Vorstrafen befragt und auf deren Bedeutung für die politische Wiedergutmachung hingewiesen worden ist, verschwieg der Angeschuldigte seine zahlreichen Vorstrafen. Bei Bekanntsein der Vorstrafen wäre er als unwürdig von der politischen Wiedergutmachung ausgeschlossen worden. Dem Angeschuldigten gelang es, zu Unrecht Rentenvorschüsse und Sonderbeihilfen im Gesamtbetrage von über 2.000,-- DM zu erhalten.

Unter Aufrechterhaltung der Fiktion, nicht vorbestraft zu sein, stellte der Angeschuldigte bis zum Frühjahr 1949 weitere Unterstützungsanträge, die jedoch keinen Erfolg mehr hatten.

- Verbrechen, strafbar nach §§ 263 Abs. I, 264 Abs. I u. III, 245, 43 StGB. -

Beweismittel: I. Einlassung des Angeschuldigten.

II. Zeugen:

1. Richard Hawardt, Ratzeburg, Tannenweg 1, - Bd. I Bl. 197 d.A. -
2. Behördenangestellter Bodo Mueller, Hamburg-Rahlstedt, Waterblöcken 15, - Bd. I Bl. 143 d.A. -
3. Filialleiter Heinrich Hölscher, Gildehaus, Krs.Bentheim, Buschweg 280, - Bd. I Bl. 206 d.A. -
4. Dabelstein, Landratsamt des Kreises Stormarn, Sonderhilfsausschuss, Bad Oldesloe, - Bd. I Bl. 138 d.A. - .

III. Schriftsachverständiger Dr.Bröse, Kriminaltechnisches Institut beim Kriminalpolizeiamt in Hamburg, Karl-Muck-Platz 1.

IV. Urkunden:

1. Akten des Kreissonderhilfsausschusses (KSH) Stormarn K 4/405 (BA. I),
2. die beim Innenministerium geführte Rentenakte Bo 142 (BA. II),
3. Akten 31 Js 261/51 der StA. Hamburg (BA. III),

Kreisarchiv Stormarn B2

4. 8 Vorstrafakten:
   a) 6 D 28/21 (BA. IV),
   b) 6 b D 54/23 (BA. V),
   c) 6 C 587/25 (BA. VI),
   d) 6 D 48/26 (BA. VII),
   e) 6 D 47/25 (BA. VIII),
   f) 6 C 244/26 (BA. IX),
   g) 6 D 106/29 (BA. X),
   h) 6 D 80/30 (BA. XI).

   } d. AG. bzw. Schöff.-Ger. Bernburg

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen.

I.

Der Angeschuldigte ist am 27.9.1894 als Sohn des Oeconomen Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Calbe/Saale geboren (s. Geburtsurkunde Bd. I Bl. 80 d.A.). Er selbst gibt verschiedentlich Hohendorf als seinen Geburtsort an. Hohendorf ist im Jahre 1900 zu Calbe/Saale eingemeindet worden. Im Strafregisterauszug Bd. I Bl. I d.A., in dem die Personalien des Angeschuldigten im Übrigen zutreffend aufgeführt sind, sowie in den Vorstrafakten ist als Geburtstag der 27.9.1893 angegeben.

Über seinen weiteren Lebenslauf macht der Angeschuldigte sich teilweise widersprechende Angaben, deren Nachprüfung im einzelnen infolge Fehlens von Unterlagen nicht in vollem.Umfange möglich war.

Bis zum Jahre 1908 besuchte er nach seinen Angaben die Privat-Realschule in Calbe und anschliessend bis 1911 die Ackerbauschule in Potsdam. Danach war er 1 Jahr in der etwa 100 Morgen grossen Landwirtschaft seines Vaters tätig. Bis zum Eintritt in das Heer im Jahre 1913 will er Volontär auf einer Domäne gewesen sein. Bis 1919 war er Soldat und kehrte dann nach Nienburg a.S., dem Wohnsitz seiner Ehefrau - er hat 1917 geheiratet - zurück. Von 1919 bis 1928 war er Kultivateur bei der Saatgutfirma D i p p e in Quedlinburg. Danach will er für diese Firma

Kreisarchiv Stormarn B2

34

häufig in Holland tätig gewesen sein, wohin er 1934 auch übergesiedelt sein will, während seine Familie – er hat 3 Kinder – in Magdeburg blieb. Gleichzeitig will er ab 1934 mehrere holländische Güter verwaltet haben. Von 1934 bis 1940 – bisweilen gibt er auch 1941 an – will er in Holland gewesen sein. Am 7.10.1936 will er durch das Kantongericht Arnheim die holländische Staatsangehörigkeit erworben haben. 1941 wurde er von der Domänenkammer in Berlin als Verwalter der Schwarzenbergschen Güter in Miserow bei Pilsen eingesetzt. 1944/45 war er im KZ Theresienstadt. Nach seiner Entlassung wurde ihm von der Domänenkammer in Magdeburg die Verwaltung der von Hundstedtschen Güter in Badingen und Schönfeld übertragen (Bd. I Bl. 46 d.A.). 1946/47 war bei der Staatsanwaltschaft Stendal ein Verfahren wegen Untreue und Kriegswirtschaftsverbrechens gegen ihn anhängig, in dem am 29.4. und 23.8.1946 Haftbefehle ergingen. Am 8.5.1947 wurde er ausser Verfolgung gesetzt (Bd. I Bl. 90, 91 u. 93 d.A.) und begab sich kurz darauf in die Westzone nach Lauenburg/Elbe, wo er als landwirtschaftlicher Berater und Verwalter tätig war.

Im Juli 1949 kaufte er das Gut Grussendorf für 225.000,-- DM. 175.000,-- DM bezahlte er bar und 50.000,-- DM übernahm er als 1.Hypothek. Das Geld will er sich durch Verkauf von Wertgegenständen und anderen Vermögensstücken in der Ostzone beschafft haben. Für die so erhaltenen Ostmark will er in der Ostzone landwirtschaftliche Erzeugnisse aufgekauft, diese im Interzonenverkehr in die Westzone verbracht und dort gegen Westmark verkauft haben (Bl. 22 d. BA. III). 1950 kaufte er ein weiteres Gut in Ebenroth bei Göttingen. Weiter will er mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 20.000,-- DM an einem Hamburger Unternehmen beteiligt sein und daraus ein jährliches Einkommen von etwa 10.000,-- DM haben (Bl. 37 R u. 39 d.BA. III).

II.

Der damals in Gülzow, Krs.Hzgt.Lauenburg, wohnhafte Angeschuldigte beantragte am 31.12.1947 mit dem vorgeschriebenen Fragebogen beim Sonderhilfsausschuss für den

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreis Ratzeburg (KSH) die Anerkennung als politisch Verfolgter (OdN) sowie Haftentschädigung für die Zeit vom 17.8.1944 bis zum 5.5.1945. Nach der Bescheinigung des internationalen Roten Kreuzes (Bd. I Bl. 7 d.A.) - Original s. Hülle Bl. 40 d. BA. III - war er mindestens vom 7.9.1944 bis 5.5.1945 im KZ Theresienstadt (kleine Festung) in Haft. Erwill wegen Hochverrats inhaftiert gewesen sein.

Zum Beweise dafür, dass er aus politischen Gründen inhaftiert gewesen ist, fügte der Angeschuldigte dem Fragebogen eine Reihe privater Bescheinigungen bei.

a) Die undatierte Bescheinigung des Polizeioberstleutnants V o l o c h a l aus Prag (Bd. I Bl. 6 d.A.) besagt, dass der Angeschuldigte im KZ Theresien ein guter Kamerad und ein Gegner der Nazis gewesen sei. Als "Holländer" sei er vielen Misshandlungen ausgesetzt gewesen. Am 8.4.1945 sei er vom Volksgericht Leitmeritz zum Tode verurteilt worden. Das Urteil sei nur durch Zufall nicht vollstreckt worden.

b) Der als Zeuge vernommene Paul R a t h (Bd. I Bl. 192 d.A.) bescheinigte auf Wunsch des damals in Stendal in Untersuchungshaft befindlichen Angeschuldigten am 21.6.1946 (Bd. I Bl. 8 d.A.), dieser sei ab August 1944 als politischer Häftling im KZ Theresienstadt gewesen, er sei zum Tode verurteilt gewesen und habe viel aushalten müssen. Am 18.4.1945 habe er erschossen werden sollen. Das sei nur durch einen Zufall nicht geschehen.

Die Angaben in dieser Erklärung und in den weiteren Erklärungen (Anlage 7 in Hülle Bd. I Bl. 164 d.A. und Anlage 6 in Hülle Bl. 21 d.BA. II) hat R a t h in seiner richterlichen Vernehmung vom 23.5.1952 (Bd. I Bl. 192 d.A.) im wesentlichen dahin eingeschränkt, dass er von einer Hilfskraft der Schreibstube in Theresienstadt gehört habe, der Angeschuldigte

Kreisarchiv Stormarn B2

sei politischer Häftling. In der kleinen Festung Theresienstadt hätten ausser politischen auch kriminelle Häftlinge eingesessen. Ob der Angeschuldigte im April 1945 zum Tode verurteilt worden sei, wisse er nicht. Der Angeschuldigte habe ihm erzählt, dass er vor seiner Einlieferung in Theresienstadt zum Tode verurteilt worden sei. Als der Angeschuldigte im April 1945 abtransportiert worden sei, habe dieser ihm beim Abschied gesagt, dass wahrscheinlich das Todesurteil vollstreckt würde.

c) Der Bürgermeister und 2 weitere Bürger von Mirosow (Tschechoslowakei) bescheinigten dem Angeschuldigten am 7.10.1946 (Bd.I Bl. 12 d.A.), dass er als ehemaliger Landwirtschaftsverwalter von Stitow antifaschistisch eingestellt gewesen und von der Gestapo wegen Abhörens feindlicher Sender verhaftet worden sei. Er habe sich als Holländer bezeichnet.

d) In den Bescheinigungen des Bauern Kuno S c h e r p i n g und des Erich S c h e r p i n g , beide aus Olvenstedt, vom 24.9.1946 (Bd. I Bl. 9 und 10 d.A.) wird bestätigt, dass der Angeschuldigte stets ein grosser Gegner der Nazipartei gewesen sei und 1943 bei dem Kaufmann R e i in Olvenstedt ein Hitlerbild zerschlagen habe. Letzteres bestätigte R e i in einer Bescheinigung vom 24.9.1946 (Anl. 9 in Hülle Bd. I Bl. 164 d.A.).

Den Antrag des Angeschuldigten nahm der damalige Obmann des KSH, der Zeuge H a w a r d t , entgegen, der auch die Gegenunterschrift auf dem Fragebogen leistete. Da nach der Zonenanweisung 2900 die Würdigkeit des Antragstellers Voraussetzung für die Anerkennung als OdN ist (Schlesw.Holst.Anz. 1952 S. 59 u. 76), wies der Zeuge den Angeschuldigten darauf hin, dass er bei Antragstellung nicht kriminell vorbestraft sein dürfte. Der Angeschuldigte antwortete auf die wiederholten ausdrücklichen Fragen des Zeugen nach den Vorstrafen, dass er nicht vorbestraft sei.

Auf Grund der eingereichten Unterlagen sah der KSH als erwiesen an, dass der Angeschuldigte politischer Häftling

Kreisarchiv Stormarn B2

war und beschloss am 8.1.1948 seine Anerkennung als OdN. Gleichzeitig wurde er in die Betreuung aufgenommen. Die Anerkennung wurde durch Beschluss des KSH vom 3.11.1948 bestätigt (Bl. 9 d.BA. I u. 3 d.BA. II). Ab 1.1.1948 erhielt der Angeschuldigte erhöhte Fürsorgeunterstützung für die Dauer von 26 Wochen und ab 5.1.1948 Lebensmittelkarten für Schwerarbeiter (Bl.9, 12 und 13 d.BA. I). Weiter wurde er in Wohnungsangelegenheiten betreut (Bl. 10 u. 11 d.BA. I). Ab Juli 1948 bekam der Angeschuldigte Rentenvorschüsse, und zwar im Juli 100,-- DM, von August bis November je 50,-- DM mtl. und im Dezember 200,-- DM. Auf seinen Antrag auf Gewährung eines grösseren Rentenvorschusses vom 8.11.1948, den er mit besonderer Notlage begründete, wurden ihm 600,-- DM ausgezahlt (Bl. 25 d. BA. I). Der Rentenvorschuss für Januar 1949 betrug 168,-- DM und der für die Monate Februar bis Mai 1949 je 93,30 DM mtl.

Im März 1949 wurde dem Angeschuldigten auf seinen Antrag vom 15.2.1949 (Bl. 41 d.BA. I) auf Gewährung eines Darlehns von 600,-- DM zur Existenzgründung eine einmalige Sonderbeihilfe von 500,-- DM gewährt. Insgesamt sind dem Angeschuldigten in der Zeit von Juli 1948 bis Mai 1949 2.152,20 DM gezahlt worden (Bl. 79 und 80 d.BA. II).

Am 27.10.1948 beantragte der Angeschuldigte, der inzwischen nach Trittau verzogen war, beim KSH in Bad Oldesloe die Gewährung einer Beschädigtenrente nach dem Gesetz über die Gewährung von Renten an die Opfer des Nationalsozialismus vom 4.3.1948. Er wiederholte in dem Antragsformular sein früheres Vorbringen und gab weiter an, dass er kein Einkommen habe (Bl. 1 und 2 d.BA. II).

Am 25.10.1948 stellte der Angeschuldigte beim KSH den Antrag, ihm im Wege der Wiedergutmachung Ersatz für sein gesamtes Vermögen zu leisten, was er in einer beigefügten Aufstellung mit insgesamt 108.255,-- DM bezifferte (Bl. 16 u. 17 d.BA. I). Er gab an, dass dieses Vermögen infolge seiner Haft vom 7.8.1944 bis 5.5.1945 von der Gestapo beschlagnahmt worden sei. Wahrheitswidrig führte er an, er habe bisher "von keiner Seite auch nur die kleinste Unterstützung erhalten."

Kreisarchiv Stormarn B2

Auf diesen Antrag hin ist nichts veranlasst worden.

Weiterhin beantragte der Angeschuldigte am 22.3.1949 ein Darlehn von 3.000,-- DM zum Aufbau einer Existenz als Vertreter (Bl. 18 d. BA. II). Obwohl das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten grundsätzlich bereit war, das Darlehn zu bewilligen, ist es zur Ausgabe des Darlehnsbetrages nicht mehr gekommen, weil dem Ministerium im Mai 1948 die Vorstrafen des Angeschuldigten bekannt geworden sind (Bl. 51 d. BA. I) und daher die Feststellung begründet war, dass der Angeschuldigte als sogen. Vorbeugungshäftling inhaftiert gewesen ist. Der KSH schloss den Angeschuldigten daraufhin am 12.5.1949 von der weiteren Betreuung aus (Bl. 53 d. BA. I). Auf eine entsprechende Benachrichtigung antwortete der Angeschuldigte am 12.6.1949 wie folgt (Bl. 60 d. BA. I):

> "Verwaltung des Kreises Stormarn
> Abt. 4/413 D.K.
>
> Ich habe Ihr Schreiben vom 17.5.49 erhalten und werde mich in jeder Weise rechtfertigen. Ich lege hiermit Beschwerde gegen den Beschluss vom 12.5.1949 ein und reiche die Begründung nach. Eine Betreuung habe ich sowieso nicht mehr nötig, da ich eine Existenz habe und gut verdiene und die Absicht habe, Kameraden nun auch zu helfen. Ich bitte von Ihnen um Vorschläge, welchen Kameraden, die den Mut haben, sich eine Existenz zu gründen, geholfen werden kann. Ich bitte um Antwort."

Nach diesem Schreiben hat der Angeschuldigte keine weiteren Schritte zur Durchsetzung seiner angeblichen Ansprüche unternommen.

Am 21.2.1950 richtete der KSH folgendes Schreiben an den Angeschuldigten (Bl. 68 d.BA. I):

> "In Ihrer Wiedergutmachungssache ist der Kreissonderhilfsausschuss Stormarn von der Landesregierung gebeten worden, weitere Ermittlungen in Ihrer Angelegenheit anzustellen.
> Hierfür ist erforderlich, dass Sie Ihre genauen Personalien hierher mitteilen.
> Wo sind Sie geboren? Die Landesregierung gibt Ihren Geburtsort mit Calbe an, während von der Amtsverwaltung Mollhagen als Geburtsort Hohndorf/Sachsen angegeben wird.

Farbkarte #13
B.I.G.
Kreisarchiv Stormarn B2

38

Auf diesen Antrag hin ist nichts veranlasst worden.

Weiterhin beantragte der Angeschuldigte am 22.3.1949 ein Darlehn von 3.000,-- DM zum Aufbau einer Existenz als Vertreter (Bl. 18 d. BA. II). Obwohl das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten grundsätzlich bereit war, das Darlehn zu bewilligen, ist es zur Ausgabe des Darlehnsbetrages nicht mehr gekommen, weil dem Ministerium im Mai 1948 die Vorstrafen des Angeschuldigten bekannt geworden sind (Bl. 51 d. BA. I) und daher die Feststellung begründet war, dass der Angeschuldigte als sogen. Vorbeugungshäftling inhaftiert gewesen ist. Der KSH schloss den Angeschuldigten daraufhin am 12.5.1949 von der weiteren Betreuung aus (Bl. 53 d. BA. I). Auf eine entsprechende Benachrichtigung antwortete der Angeschuldigte am 12.6.1949 wie folgt (Bl. 60 d. BA. I):

> "Verwaltung des Kreises Stormarn
> Abt. 4/413 D.K.
>
> Ich habe Ihr Schreiben vom 17.5.49 erhalten und werde mich in jeder Weise rechtfertigen. Ich lege hiermit Beschwerde gegen den Beschluss vom 12.5.1949 ein und reiche die Begründung nach. Eine Betreuung habe ich sowieso nicht mehr nötig, da ich eine Existenz habe und gut verdiene und die Absicht habe, Kameraden nun auch zu helfen. Ich bitte von Ihnen um Vorschläge, welchen Kameraden, die den Mut haben, sich eine Existenz zu gründen, geholfen werden kann. Ich bitte um Antwort."

Nach diesem Schreiben hat der Angeschuldigte keine weiteren Schritte zur Durchsetzung seiner angeblichen Ansprüche unternommen.

Am 21.2.1950 richtete der KSH folgendes Schreiben an den Angeschuldigten (Bl. 68 d.BA. I):

> "In Ihrer Wiedergutmachungssache ist der Kreissonderhilfsausschuss Stormarn von der Landesregierung gebeten worden, weitere Ermittlungen in Ihrer Angelegenheit anzustellen.
> Hierfür ist erforderlich, dass Sie Ihre genauen Personalien hierher mitteilen.
> Wo sind Sie geboren? Die Landesregierung gibt Ihren Geburtsort mit Celle an, während von der Amtsverwaltung Mollhagen als Geburtsort Hohndorf/Sachsen angegeben wird.

39

> Wie lauten die genauen Personalien Ihrer Eltern?"

Dieses Schreiben beantwortete der Angeschuldigte am 18.4.1950 (Bl. 75 d.BA. I) wie folgt:

> "Ich habe Ihnen im Juni 1950 mitgeteilt, dass ich auf alle Ansprüche verzichte. Alle Angaben, die ich gemacht habe bei Ihnen, beruhen auf Wahrheit. Geben Sie das Geld, was mir zusteht, Hilfsbedürftigeren als mich."

Die von dem Angeschuldigten beigebrachten Bescheinigungen und Unterlagen, die zum Teil widersprechende Angaben enthalten, reichen nicht für die Feststellung aus, dass er aus politischen Gründen inhaftiert worden ist. Der Zeuge M u e l l e r (Bd. I Bl. 143 R d.A.), der als politischer Häftling gleichzeitig mit dem Angeschuldigten in Theresienstadt einsass, bestätigt insbesondere, dass auch die kriminellen Häftlinge den roten Winkel trugen. Alle Häftlinge hätten damals gegenüber ihren Mithäftlingen behauptet, dass sie aus politischen Gründen eingeliefert worden seien. So habe ihm der Angeschuldigte im Lager erzählt, er sei wegen Beschimpfung der Nazi-Regierung festgenommen worden, und zwar sei er Oberleutnant gewesen, habe in der Nähe von Pilsen ein Hitlerbild zerschlagen und sei von seiner dritten Frau angezeigt worden. Bei einer Begegnung in Hamburg im Jahre 1947 habe der Angeschuldigte bestritten, Oberleutnant gewesen zu sein, und geäussert, dass er noch mit seiner ersten Frau verheiratet sei. Von einer Verurteilung zum Tode habe ihm der Angeschuldigte weder im Lager noch in Hamburg etwas erzählt. Davon habe er erst durch das Hamburger Komitee ehemaliger politischer Gefangener (VVN) erfahren.

Es ist nicht mit Sicherheit feststellbar, dass der Angeschuldigte lediglich wegen seiner Vorstrafen in Vorbeugungshaft genommen worden ist. Der Angeschuldigte hat aber bewusst seine Vorstrafen verschwiegen und dadurch die Anerkennung als OdN sowie die Unterstützungszahlungen erschlichen. Durch die Belehrung des Zeugen H a w a r d t war ihm die Bedeutung krimineller Vorstrafen für die politische Wiedergutmachung sowie seine Verpflichtung bekannt, seine

Kreisarchiv Stormarn B2

40

Vorstrafen anzugeben. In 2 seiner Anträge hat der Angeschuldigte ausserdem unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht, soweit er von seiner Notlage spricht.

III.

Trotz der Übereinstimmung aller übrigen Personalangaben bestritt der Angeschuldigte im Vorverfahren bis zu seiner richterlichen Vernehmung vom 1.4.1952 seine Personengleichheit mit dem im Strafregister bezeichneten 1893 geborenen Wilhelm S c h w a l e n b e r g und behauptete, nicht vorbestraft zu sein. Der Strafregisterauszug sei von dem Staatsanwalt D i e t z e in Stendal, der die Ermittlungen 1946/47 gegen ihn geführt habe, fälschlich angefertigt worden. D i e t z e habe ihn nach Sibirien bringen wollen, sei dann aber selbst nach Russland gebracht worden (Bd. I Bl. 47 d.A. und Bl. 22 R d.BA. III).

In seinen Vernehmungen und seinen häufigen Anträgen hat der Angeschuldigte ständig wechselnde und sich häufig widersprechende Angaben über sein Vorleben und seine Vorstrafen gemacht.

Bereits 1946 ist der Angeschuldigte in Sachsen als OdN anerkannt gewesen. Nach Bekanntwerden seiner Vorstrafen ist ihm durch die Abteilung "Opfer des Faschismus" der Provinz Sachsen in Halle die OdN-Eigenschaft aberkannt worden (Bd.I Bl.89 u. 90 R d.A.).

Im Jahre 1947 hat der Angeschuldigte bei der VVN Hamburg erneut die Ausstellung eines Ausweises als OdN beantragt. Den Antrag hat er auf den 9.4.1945 zurückdatiert (Hülle Bl. 21 d. BA. III). Darin macht er u.a. folgende Angaben über politische Haftzeiten, Vorstrafen usw.:

"Deutsch-feindliche Handlungen und Äusserungen,
Hochverrat, Tschechenfreundlichkeit, Hitlerbeschimpfung
Volksgericht Leitmeritz
Todesurteil am 8.4.1945
Magdeburg von Februar bis November 1933
Gronau von Juli 1938 bis Juni 1939

Kreisarchiv Stormarn B2

Gestapolager Magdeburg von Oktober 1941 bis Dezember 1941
Gestapo Pilsen von 7.August bis 17.September 1944
Theresienstadt von September 1944 bis Mai 1945
(Wurden Sie jemals aus kriminellen Gründen verurteilt
oder in Haft gehalten?) Beleidigungen Devisenschmuggel-
verdacht 2 Jahre verbüsst von Juni 39 bis Juli 41
SPD von 1923 bis 1933
(Waren Sie Soldat?) 1914 - 1918"

Die VVN Hamburg hat dem Angeschuldigten durch Beschluss vom 23.7.1947 die Aberkennung als OdN verweigert (Bl. 6 R u. Unterlagen in Hülle Bl. 21 d. BA. III).

In seiner polizeilichen Vernehmung vom 26.6.1949 (Bl. 2 u. 8 d. BA. III), in der er sein Vermögen mit 100.000,-- DM und sein monatliches Einkommen mit mindestens 1.000,-- DM beziffert, hat sich der Angeschuldigte als nicht vorbestraft ausgegeben.

In der polizeilichen Vernehmung vom 14.2.1950 (Bl. 22 d.BA. III) gab er fälschlich an: "Bis August 1944 war ich in keiner Weise politisch inhaftiert." und bestritt gleichzeitig, bei der VVN in Hamburg politische Haftzeiten in den Jahren 1933, 1938/39 und Ende 1941 geltend gemacht zu haben. Erst nachdem ihm die VVN-Unterlagen vorgehalten worden sind, bekannte er sich in der polizeilichen Vernehmung vom 5.5.1950 (Bl. 32 d.BA. III) wieder zu den früheren Haftzeiten und entschuldigte seine falschen Angaben damit, dass er infolge zweier Autounfälle mit den Nerven durcheinander gewesen sei. In der richterlichen Vernehmung vom 22.6. und der polizeilichen Vernehmung vom 20.12.1950 (Bl. 38/39 d. BA. III und Bd. I Bl. 47 R d.A.) gab der Angeschuldigte an, dass er 1933 wegen staatsfeindlicher Äusserungen etwa ein halbes Jahr bei der Gestapo in Magdeburg in Haft gewesen sei. 1938/39 will er wegen staatsfeindlicher Handlungen und Äusserungen etwa 8 Monate von der Gestapo Gronau festgehalten worden sein. 1941 will er wegen des Zerschlagens eines Hitlerbildes in Olvenstedt 4 - 6 Wochen bei der Gestapo in Magdeburg in Haft gewesen sein. Die Strafe von 2 Jahren Gefängnis wegen Devisenvergehens usw., die er vom Landgericht Hannover erhalten haben will, will er nicht verbüsst haben (Bd. I Bl. 65/66 d.A.). Ein entsprechender Vorgang war bei dem LG. Hannover nicht zu ermitteln. Auch enthält das

Kreisarchiv Stormarn B2

Strafregister keinen Vermerk über diese Verurteilung. Vor allem hat der Zeuge H ö l s c h e r , auf den sich der Angeschuldigte als damals in gleicher Weise Mitverurteilten beruft, bekundet, dass er noch nicht vorbestraft sei und die Angaben des Angeschuldigten frei erfunden seien (Bd. I Bl. 65/65 R u. 206 d.A.).

In der polizeilichen Vernehmung vom 20.12.1950 (Bl. 47 d.A.) erklärte der Angeschuldigte, dass er 1919 und 1921 von den Amtsgerichten Leipzig oder Dresden und Bernburg wegen zu schnellen Autofahrens und Körperverletzung bestraft worden sei. Das ist unrichtig, da er bei seiner ersten Verurteilung (Ziff. 2 des Strafregisterauszugs) ausweislich der Vorstrafakte nicht vorbestraft war (Bl. 27 d.BA. IV).

Ergibt sich schon aus der gesamten widerspruchsvollen Einlassung des Angeschuldigten, dass die Schutzbehauptung, der Strafregisterauszug sei falsch, unzutreffend ist, so ist diese durch die Ermittlungen an Hand der vorliegenden Vorstrafakten IV bis XI mit Sicherheit widerlegt. Die Unwahrhaftigkeit des Angeschuldigten geht bereits aus Bl. 42 d.BA. VIII hervor. Dort bescheinigt das Amtsgericht Bernburg dem Angeschuldigten, es sei gerichtsbekannt, dass er nie um eine Ausrede verlegen ist. Weiter werden in der gleichen Akte seine mehrfachen Vorstrafen, seine Skrupellosigkeit und Gewissenlosigkeit und seine schamlosen Geschäftsmethodenhervorgehoben. Im Berufungsurteil der Strafkammer Dessau vom 17.5.1926 (Bl. 88 R der BA. VIII) wird der Angeschuldigte als Schädling und gewissenloser Ausbeuter bezeichnet.

Die Richtigkeit des Strafregisterauszuges ergibt sich im einzelnen aus folgendem:

1. Die Vorstrafakten IV, VI und XI enthalten handschriftliche Angaben sowie Unterschriften des Angeschuldigten. Nach dem Ergebnis der Schriftgutachten 101 ff und 147 ff stammen die Schriften mit Sicherheit von dem Angeschuldigten her. Nach Vorhalt

Farbkarte #13
B.I.G.
Kreisarchiv Stormarn B2

der Gutachten und der Vorstrafakten musste dieser in seiner richterlichen Vernehmung vom 1.4.1952 (Bl. 157 ff d.A.) seine Schrift in den erwähnten Vorstrafakten und einen nicht näher bezeichneten Teil der weiteren Vorstrafen anerkennen, nachdem er auch in dieser Vernehmung zunächst dabei verblieben war, dass der Strafregisterauszug falsch sei. Er bestreitet jedoch weiterhin insbesondere die letzten Vorstrafen und verbleibt bei der Behauptung, diese habe der Staatsanwalt D i e t z e fälschlich angegeben.

2. Da als Geburtsdatum in den Vorstrafakten VI und IX der 27.9.1893 angegeben ist und diese Akten bei den späteren Verurteilungen mit vorgelegen haben, steht einwandfrei fest, dass der Angeschuldigte in der Zeit von 1921 bis 1939 den 27.9.1893 als sein Geburtsdatum angegeben hat und die Strafen mit diesem Geburtsdatum in das Strafregister gelangt sind.

3. Dass der Angeschuldigte auch die Vorstrafen erhalten hat, hinsichtlich deren Akten nicht vorliegen, insbesondere die letzte, ergibt sich eindeutig aus Bl. 312 d.BA. VIII, wonach diese, die BA. IV, sowie die Akte zu Ziffer 15 des Strafregisterauszuges, Beiakten bei dem Verfahren, betreffend die Vorstrafe zu Ziffer 17 des Strafregisterauszuges, gewesen sind.

4. Wenn der Angeschuldigte angibt, er habe die angebliche 2-jährige Gefängnisstrafe, die er wegen Devisenvergehens vom LG. Hannover in Abwesenheit erhalten haben will, nicht verbüsst, weil er angeblich von Holland nicht ausgeliefert worden sei, so hat er andererseits in dem Vorgang der VVN Hamburg angegeben, dass er 2 Jahre Gefängnis von Juni 1939 bis Juli 1941 verbüsst habe. Diese Daten entsprechen aber dem Zeitpunkt der letzten Verurteilung und dem der im Strafregister vermerkten Verbüssung der letzten Vorstrafe von 3 Jahren Gefängnis. Der Angeschuldigte

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.

kann in der fraglichen Zeit nur diese Strafe verbüsst haben.

5. Die Angaben des Angeschuldigten über seinen Aufenthalt in Holland sind unrichtig, wie sich aus dem Bericht der Staatsanwaltschaft Arnheim ergibt (Bd. II Bl. 3 d.A.). Danach ist er auf Grund eines deutschen Auslieferungsersuchens am 16.2.1938 in Holland festgenommen worden.

Die Schutzbehauptung des Angeschuldigten, er habe angenommen, die von ihm eingeräumten Vorstrafen beim KSH nicht angeben zu brauchen, weil sie längere Zeit zurückliegen, ist angesichts der eindeutigen Bekundungen des Zeugen H a w a r d t nicht geeignet, den Angeschuldigten zu entlasten.

Ich beantrage,

das Hauptverfahren vor dem Landgericht
in L ü b e c k - II. Gr.Strafkammer -
zu eröffnen.

gez. R o s g a .

45

7. September 1953

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 - Schwalenberg -

D./Ri.

An das
Landgericht
II. Grosse Strafkammer

in L ü b e c k

In der Strafsache gegen den Landwirt Ffiedrich Wilhelm S c h w a l e n - b e r g in Grussendorf

Aktz.?

bitte ich um Mitteilung, ob das Strafverfahren abgeschlossen ist und ggf. mit welchem Ergebnis.
Sollte ein Urteil inzwischen ergangen sein, wäre ich für die Zusendung einer Abschrift desselben sehr dankbar.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

46

Landgericht Lübeck
- II Str. 51/53 -
2 KLs 2/53

Lübeck, den 5. September 1953

An den
Sonderhilfsausschuss
Kreisverwaltung Stormarn
in Bad Oldesloe

Kreisausschuß des Kreises Stormarn
14 SEP 1953

In der Strafsache

gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g,
geb. am 27. September 1894 in Hohendorf/Calbe/Saale,
wohnhaft in Grussendorf, Kreis Gifhorn,

wird angefragt, ob der Angeschuldigte die Rentenvorschüsse und Sonderbeihilfen im Gesamtbetrag von über 2000,- DM inzwischen zurückgezahlt hat oder ob an ihn wegen Rückzahlung dieses Betrages herangetreten worden ist. In der Erwiderung auf die Anklageschrift hat der Angeschuldigte erklärt, er wolle doe 2.000,- DM zurückzahlen. Mit dem Abschluss des Strafverfahrens ist vorerst nicht zu rechnen, da der Angeschuldigte weitere Beweisanträge gestellt hat, zudem z.Zt. nicht verhandlungsfähig ist.

Auf Anordnung:

Mischke
Justizobersekretär

47

Das Landgericht, II. gr.Strafkammer
- II Str. 51/53 -

Lübeck, den 15. September 1953.

An den

Kreis Stormarn - Kreisausschuß -
Sonderhilfsausschuss -

in Bad Oldesloe

Kreisausschuß des Kreises Stormarn
18.SEP.1953
Anl. Tgb. Nr. 122

dort. Az. 4-1/9 - Schwalenberg - .

In der Strafsache gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm Schwalenberg wird zum dort. Schreiben vom 7.September 1953 mitgeteilt, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und noch auswärtige Zeugen gehört werden.

gez. Marxen

Landgerichtsdirektor

Beglaubigt:

LANDGERICHT LÜBECK

Justizsekretär.

Kreisarchiv Stormarn B2

16. September 1953

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 - Schwalenberg -

D./Ri.

An das
Landgericht

in L ü b e c k

In der Strafsache gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Grussendorf

Aktz.: II Str. 51/53 - 2 K Ls 2/52 -

nehme ich Bezug auf die Anfrage vom 5. d. Mts. und berichte, dass der Angeschuldigte die Rentenvorschüsse und Sonderbeihilfen bisher nicht zurückgezahlt hat. Er ist dieserhalb von mir auch bisher nicht hierzu aufgefordert worden, weil dieses m. E. ein Eingreifen in ein schwebendes Verfahren bedeuten würde.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

Landgericht Lübeck
II Str. 51/53

Lübeck, den 24. September 1953

Kreisausschuß des Kreises Stormarn 25 SEP 1953

An
den Kreis Stormarn-Der Kreisausschuss-
Sonderhilfsausschuss
in Bad Oldesloe

In der Strafsache
gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm Schwalenberg in Grusendorf

wird auf das dortige Schriben vom 7. September 1953- 4-1/9-Schwalenberg- mitgeteilt, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und daß vom Angeschuldigten beantragte Ermittlungen noch laufen.

Auf Anordnung:

Justizobersekretär.

Bad Old., 26. 10. 53
Zum Vorgang.

---

16. September 1953

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 - Schwalenberg -

D./Ht.

An das
Landgericht
in Lübeck

In der Strafsache gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Grusendorf

Akte.: II Str. 51/53 - 2 K Ls 2/52 -

nehme ich Bezug auf die Anfrage vom 5. d. Mts. und berichte, dass der Angeschuldigte die Rentenvorschüsse und Sonderbeihilfen bisher nicht zurückgezahlt hat. Er ist diesserhalb von mir auch bisher nicht hierzu aufgefordert worden, weil dieses m. E. ein Eingreifen in ein schwebendes Verfahren bedeuten würde.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.

50

Beglaubigte Abschrift

von A b s c h r i f t .

2 KLs 2/53
II Str. 51/53

B e s c h l u s s

In der Strafsache

gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g ,
geb. am 27. September 1894 in Hohendorf/ Calbe/Saale,
Krs. Schönebeck, wohnhaft in Grussendorf, Krs. Gifhorn,

wird das Verfahren gemäß § 3 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 31. Dezember 1949 eingestellt.

G r ü n d e .

Die Staatsanwaltschaft in Lübeck hat am 9. März 1953 Anklage erhoben mit dem Vorwurf, der Angeschuldigte habe in der Zeit vom 31. Dezember 1947 bis zum Frühjahr 1949 in Ratzeburg und an anderen Orten fortgesetzt handelnd in der Absicht, sich des Betrugs im Rückfalle schuldig gemacht zu haben, indem er sich unter der falschen Behauptung,kriminell unbestraft zu sein, als Verfolgter des Naziregimes Rentenvorschüsse und Sonderbeihilfen von über DM 2.000,-- erschwindelt habe, während er bei richtiger Angabe seiner Vorstrafen, nach denen er ausdrücklich gefragt worden sei, als derartiger Zahlungen unwürdig befunden worden wäre.

Der Angeschuldigte macht geltend, er sei unbestraft, der Strafregisterauszug der Staatsanwaltschaft in Magdeburg vom 19. Juni 1951 betreffe nicht seine Person. Er sei politischer Häftling im KZ gewesen.

Ein Eröffnungsbeschluss ist bisher noch nicht ergangen. Die Strafkammer hat am 3. September 1953 weitere Beweiserhebungen angeordnet, diese sind zum Teil durchgeführt worden. Es liegt eine gutachtliche Stellungnahme der Städtischen Krankenanstalten II in Braunschweig vom 25. Januar 1954 vor, die zu dem Ergebnis kommt, daß der Angeschuldigte bezüglich der Voraussetzungen des § 51 II StGB als "Grenzfall" anzusehen sein dürfte.

Das bisherige Ermittlungsergebnis läßt erkennen, daß der Angeschuldigte in der Hauptverhandlung im Sinne der Anklage überführt werden wird. Er wäre daher gemäß §§ 263, 264 StGB als

Kreisarchiv Stormarn B2

Rückfallbetrüger zu bestrafen. Die Strafkammer wird jedoch dem Angeschuldigten mildernde Umstände nicht versagen können. Seine Straftaten sind begangen in der chaotischen Zeit nach dem Zusammenbruch. Er selbst hatte in dieser Zeit dann keine Hemmungen mehr, sich Leistungen zu erschleichen, die ihm nicht zustanden. Seine Straftaten sind gefördert durch die gesamten Zeitumstände nach 1945, nicht zuletzt auch dadurch, daß die anweisenden Behörden von sich aus keinen Strafregisterauszug angefordert, sondern sich auf die blossen Erklärungen des Angeschuldigten verlassen haben. - Dazu kommt, daß er als vermindert zurechnungsfähig anzusehen sein wird. Dies ergibt mit überzeugender Wahrscheinlichkeit das beigezogene Gutachten. Selbst wenn in der Hauptverhandlung sich Umstände ergeben, die mehr für eine volle Verantwortlichkeit sprechen, so werden doch immer so viele Zweifel bleiben, daß zugunsten des Angeschuldigten § 51 II StGB zur Anwendung zu bringen sein wird. Der Angeschuldigte ist jetzt ein schwer siecher, kaum verhandlungsfähiger Mann.

Die Straftaten sind vor dem 15. September 1949 begangen. Unter Abwägung sämtlicher Umstände ist bei Anwendung von § 264 II, § 51 II StGB nur eine Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten und eine Geldstrafe bis zu DM 5.000,-- zu erwarten. Diese Voraussetzungen des § 3 I des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 31. Dezember 1949 (RGBl. 1950 S. 37) sind daher gegeben. Das Gericht hat daher gemäß § 5 I des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit die Einstellung des Verfahrens außerhalb der Hauptverhandlung beschlossen.

Der Angeschuldigte kann gemäß § 6 I des Straffreiheitsgesetzes, wenn er seine Unschuld behauptet, die Durchführung des Verfahrens beantragen. Dies muß schriftlich innerhalb einer Woche nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem Landgericht in Lübeck erfolgen.

Lübeck, den 1. März 1954
Landgericht, II. Gr. Strafkammer
gez. Dr. Brammer gez. Langemak gez. Schmidt

Beglaubigt:

Justizobersekretär

Farbkarte #13 B.I.G.
Kreisarchiv Stormarn B2

<u>Abschriftlich</u>

an den
Kreisausschuß des Kreises Stormarn
Sonderhilfsausschuss
<u>in Bad O l d e s l o e</u>
zu 4-1/9 - Schwalenberg -

Kreisausschuß des Kreises Stormarn
-8. JUNI 1954
Ant. ...

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

52

K.

Beglaubigte Abschrift.

- 2 KLs 2/53 -

<u>Urschriftlich</u> mit 2 Bänden Akten und 11 Beiakten

dem Herrn Vorsitzenden
der II. Strafkammer

<u>h i e r</u>

Die von mir am 9.3.1954 - Bd. II Bl. 119 d.A. - (gegen den mir am 8.3.1954 zugestellten Beschluß vom 1.3.1954 - Bd. II Bl. 116 u. 118R d.A. -) eingelegte sofortige Beschwerde begründe ich wie folgt:

Das Gericht hat die Voraussetzungxx des § 3 des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 31.12.1949, daß lediglich eine Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten und eine Geldstrafe bis zu 5.000,-- DM zu erwarten sei, zu Unrecht als gegeben angesehen. Eine derart geringe Strafe wird weder der Persönlichkeit des Angeschuldigten noch dem Unrechtsgehalt der Tat gerecht.

Nach dem Strafregisterauszug, an dessen Richtigkeit nach den vorliegenden Vorstrafakten kein Zweifel besteht, ist der Angeschuldigte 17 mal vorbestraft, darunter 8 mal einschlägig, zuletzt 1934 wegen fortgesetzten Betruges i.T. mit schwerer Urkundenfälschung mit 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis und 1939 wegen gemeinschaftl. fortgesetzten Betruges mit 3 Jahren Gefängnis und 15 Jahren Ehrverlust (Bd. I Bl. I d.A.).Dennoch bestritt er bis zu seiner richterlichen Vernehmung

- 2 -

Kreisarchiv Stormarn B2

vom 1.4.1952 (Bd. I Bl. 157 ff d.A.), die im Strafregisterauszug aufgeführten Vorstrafen erhalten zu haben. Er gab erst in dieser Vernehmung nach Vorhalt der anliegenden Vorstrafakten einige der Vorstrafen zu. Andererseits gab er am 20.12.1950 (Bd. I Bl. 47 d.A.) fälschlich an, 1919 und 1921 wegen zu schnellen Autofahrens und Körperverletzung vorbestraft worden zu sein. Diese Strafen sind einmal nicht im Strafregisterauszug enthalten, zum anderen ist der Angeschuldigte im Urteil vom 18.7.1921 (Bl. 27 BA IV) als nicht vorbestraft bezeichnet. Eine weitere im Strafregisterauszug nicht enthaltene Vorstrafe von 2 Jahren Gefängnis wegen Devisenvergehens usw. will er 1939 vom Landgericht Hannover erhalten haben. Diese will er nach seinen Angaben im Antrag auf Ausstellung eines Ausweises als O.d.N. Ende 1947 bei der VVN Hamburg (Hülle Bl. 21 BA III) von Juni 1939 bis Juni 1941, also in der Verbüssungszeit seiner letzten Vorstrafe, verbüßt, nach seiner Einlassung in der richterlichen Vernehmung vom 22.6.1950 (Bd. I Bl. 65R d.A.) jedoch nicht verbüßt haben. Während er diese im Strafregisterauszug nicht vermerkten Verurteilungen nach dem Gutachten vom 29.12.1953 (Bd. II Bl. 108 f d.A.) dem untersuchenden Arzt gegenüber nicht erwähnte, gab er diesem völlig neu an, er sei 1928 wegen Wirtschaftsvergehens (falsche Saatgutablieferungen) 6 Monate in Haft gewesen, um seiner Firma einen Gefallen zu tun, und habe später noch einmal eine Strafe wegen Beleidigung erhalten.

Ebenso wie der Angeschuldigte über seine Vorstrafen unrichtige und widerspruchsvolle Angaben gemacht hat, ließ er sich, ständig wechselnd und sich häufig widersprechend, über seinen Lebenslauf und seine politische Haft ein. Bereits das Urteil vom 12.1.1926 (Bl. 42 BA VIII) führt an, es sei gerichtsbekannt, daß er nie um eine Ausrede verlegen sei, und hebt weiter seine Skrupellosigkeit und Gewissenlosigkeit und seine schamlosen Geschäftsmethoden hervor. Im Berufungsurteil vom 17.5.1926 (Bl. 88R BA VIII) wird er als Schädling und gewissenloser Ausbeuter bezeichnet.

Durch seine widerspruchsvollen Einlassungen hat der Angeschuldigte die bereits im Juli 1950 begonnenen Ermittlungen erschwert und so ihren Abschluß erheblich verzögert. In einem beim Amtsgericht Fallersleben gegen ihn anhängigen

Kreisarchiv Stormarn B2

54

Verfahren wegen versuchter Erpressung hat das Gericht ähnliche Feststellungen getroffen. In einem Schreiben an das Gesundheitsamt Gifhorn vom 26.3.1953 (Bd. II Bl. 26 d.A.) führt das Gericht u.a. aus :

> " Dem Gericht ist aus zahlreichen anderen Verfahren bekannt, daß Schwalenberg sich gerichtlichen Vorladungen meist mit der Begründung zu entziehen pflegt, er sei bettlägerig krank."

und in dem Anschreiben vom 17.10.1953 (Bd. II Bl. 35 d.A.):

> " Es ist gerichtsbekannt, daß Sch. mit allen erdenklichen Mitteln versucht, die gegen ihn anhängigen Verfahren in die Länge zu ziehen."

Durch seine Tat hat sich der Angeschuldigte in der Zeit von Juli 1948 bis Mai 1949 Rentenvorschüsse und Sonderleistungen in Höhe von insgesamt 2.152,20 DM erschwindelt und sich so auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Das wiegt um so schwerer, als es ihm wirtschaftlich gut ging und er im Juli 1949 in der Lage war, für ein Gut angeblich aus der Ostzone beschaffte 175.000,-- DM bar zu bezahlen (Bl. 22 BA III). Dennoch gab er noch in einem Antrag beim Kreissonderhilfsausschuss Bad Oldesloe vom 22.10.1948 (Bl. 1 u. 2 BA II) an, daß er keine Einnahmen habe. Die zu Unrecht bezogenen Beträge hat er trotz einer entsprechenden Zusage in seinem Schriftsatz vom 11.3.1953 (Bd. II Bl. 23 d.A.) bisher nicht einmal teilweise zurückgezahlt (Bd. II Bl. 63 d.A.).

Seine Vorstrafen, die Verwerflichkeit seiner aus Gewinnsucht begangenen Tat und sein Gesamtverhalten, insbesondere seine mangelhafte Wahrheitsliebe, kennzeichnen den Angeschuldigten als einen gewissenlosen Betrüger, der die Zubilligung mildernder Umstände im Sinne von § 264 Abs.II StGB nicht verdient. Seine Persönlichkeit und sein Vorleben schließen es jedenfalls aus, die Zeitumstände zur Begründung mildernder Umstände heranzuziehen, wie es der angefochtene Beschluss getan hat.

Der angefochtene Beschluss geht weiter zu Unrecht davon aus, daß zu Gunsten des Angeschuldigten § 51 Abs.II StGB auch dann anwendbar sein wird, wenn sich in der Hauptverhandlung Umstände ergeben, die mehr für seine volle Verantwortlichkeit sprechen. Nach dem Gutachten (Bd. II Bl. 111 d.A.) trägt
"die Tat nicht den Stempel eines krankhaften

Kreisarchiv Stormarn B2

Verhaltens. Es kann hierin durchaus ein zweckbewußtes Handeln mit prospektiver Tendenz gesehen werden. Anhaltspunkte dafür, daß sich Sch. "" zur Zeit der Tat"" in einem Zustand gestörter Geistestätigkeit oder in einer getrübten Bewußtseinslage befand, können aus den Akten nicht gewonnen werden."

Bei Würdigung der in der Klinik erhobenen Befunde kommt das Gutachten jedoch zu dem Ergebnis, daß der Angeschuldigte als "Grenzfall" anzusehen ist und daß bestehende Zweifel erst auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung zu klären seien. Sollten sich in der Hauptverhandlung Umstände ergeben, die für die volle Verantwortlichkeit des Angeschuldigten sprechen, dann wäre für die Anwendung des § 51 Abs.II StGB kein Raum. Als solche Umstände sind die im Gutachten erwähnte Zweckbestimmung des Handelns des Angeschuldigten und die Tatsache anzusehen, daß er noch lange Zeit nach der Tat zum Erwerb und zur Bewirtschaftung eines großen Gutes und zum Abschluß von umfangreichen Interzonengeschäften (Millionen -Umsätze - siehe hierzu Bd.I Bl. 159, 152, 124 - 126 und 118 d.A. -) in der Lage war. Gerade die geschäftliche Regsamkeit des Angeschuldigten spricht dagegen, daß der jetzt bei ihm festgestellte vorzeitige Altersabbau schon im Zeitpunkt der Tat vorhanden war.

Auch dann, wenn man unter Vorwegnahme des abzuwartenden Ergebnisses der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung unterstellt, daß der Angeschuldigte zur Zeit der Tat vermindert zurechnungsfähig war, erscheint eine weit höhere Strafe als 6 Monate Gefängnis erforderlich.

Es wird daher beantragt,

den angefochtenen Beschluss aufzuheben und die Eröffnung des Hauptverfahrens zu beschließen.

Lübeck, den 1. Juni 1954.

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
gez. Rosga

Beglaubigt:
Justizangestellte

Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Abschriftlich

an den
Kreisausschuß des Kreises Stormarn
Sonderhilfsausschuss

in Bad O l d e s l o e

zu 4-1/9 - Schwalenberg -

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Kreisausschuß des Kreises Stormarn
-8. JUNI [illegible]

Bell, 1.7.54
Zum Vorgang.

56

Der Oberstaatsanwalt   Lübeck, den 17.10.14

Az.: [illegible]

An [illegible] Stormarn
~~Amtsgericht~~ - Polizei -
in Bad Oldesloe

In der Strafsache gegen Schwalenberg
wegen Betrugs
werden als Anlage die Akten K 4/4[illegible]
zurückgegeben.

Kreisausschuß des Kreises Stormarn
18. OKT 19[illegible]

Anlage.

Auf Anordnung:
[illegible]
Justizangestellter - ~~Justizsekretär~~.

Kreisarchiv Stormarn B2

4 - 1/8

Bad Oldesloe, den 1953

Vermerk:

Die Kriegerwitwe ....

in .... hat für ihre(n) ....

den Antrag auf Gewährung einer Erziehungsbeihilfe gemäß § 27 BVG. gestellt. Dieser Antrag ist zunächst dahingehend zu überprüfen, ob der Lebensunterhalt gesichert ist. Hierfür gilt folgende Berechnung:

Richtsatz der Mutter	....	DM
Mehrbedarf (halbe Grundrente)	....	DM
doppelter Richtsatz der Waise	....	DM
Miete	....	DM

Diesem Bedarfssatz stehen als Einnahmen gegenüber:

52

58

B2/F174

26. Okt. 1954.

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 Schwalenberg -D./-

An den Herrn
Oberstaatsanwalt,

Lübeck.

4 27/10. [signature]

In der Strafsache gegen Friedrich Wilhelm Schwalenberg wegen Betruges

-Aktenzeichen: 2 KLs. 2/53 -

bestätige ich den Empfang meiner Handakten.

Ich bitte um Mitteilung über den Ausgang des Strafverfahrens. Hat der Beschluss vom 1.3.1954 Rechtskraft erlangt?

Im Auftrage:
[signature]

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black
Inches Centimetres

Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black
Inches Centimetres
Kreisarchiv Stormarn B2

Formular Nr. 131 59

b, c

Sonderhilfs-Ausschuß

für den Kreis Ratzeburg

Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Familienname: Schwalenberg Rufname: Friedrich Wilhelm

(bei Frauen auch Geburtsname) — ~~led.,~~ verh., verw., gesch.*) männlich/weiblich*)

Geburtstag: 27. 9. 94 Geburtsort:

Gegenwärtige Anschrift: Friedrich Wilhelm Schwalenberg Gülzow Kreis Lauenburg

Beruf und Beschäftigung: Inspektor

Art des Personalausweises und dessen Nummer: AV. 936464

Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhängiger Angehöriger: 3 Kinder zwei von 15 Jahren 1 von 28 Jahren

Grund der Gefangensetzung: Hochverrat

In Haft in Theresienstadt vom 17. 8. 44 bis 5. 5. 45

" " .... " .... " ....

" " .... " .... " ....

Name der Person, die Sie angezeigt hat: { Werner [illegible] Stettin

Anschrift der Person, die Sie angezeigt hat: { Hildegard [illegible] in Letzlingen Kreis Gardelegen

Verurteilt durch: Volksgericht Leitmeritz

am: .... Ihre Konzentrationslager-Häftlings-Nummer: 3877

Wurden Sie mißhandelt und in welcher Weise? Ja, Schläge und Mißhandlungen aller Art

Auf welche Weise wurde der Lebensunterhalt Ihrer Familie während Ihrer Haft bestritten? gehungert keine Unterstützung

Volle Einzelheiten über die Art Ihrer Haft unter Angabe von Zeugen und Beifügung von Abschriften von Dokumenten: siehe Broschüre von mir

Ich erkläre, daß ich gemäß Absatz .... des Sonderhilfsplanes zur Inanspruchnahme der Sonderhilfe berechtigt bin. Ich versichere, daß ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und daß diese voll und ganz der Wahrheit entsprechen. Ich bin mir dessen bewußt, daß unwahre Angaben meinen Ausschluß von der Inanspruchnahme des Sonderhilfsplanes und meine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Datum 31. 12. 47 Unterschrift Friedr. Wilh. Schwalenberg

Datum 31. 12. 47 Gegenunterschrift [illegible]

Z

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes [illegible] Gruppenvorstand [illegible]

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Eigenschaft der Person, die die Gegenunterschrift vollzieht

PDU CCG. 319b 315M 12.46

Kreisarchiv Stormarn B2

60

Abschrift von beglaubigter Abschrift

Ich erkläre hiermit das Herr
Wilhelm Schwalenberg im K.Z. Theresien ein guter Kamerad war. Ferner ein Gegner der Nazi und als Holländer viel Misshandlungen ausgesetzt war. Vom Volksgericht Leitmeritz am 8.4. 1945 mit vielen anderen Leidensgenossen zum Tode verurteilt war.

Nur durch einen Zufall an ihn das Urteil nicht vollstreckt ist.

gez. Velochal
Polizeioberstleutnant des Juristischen Dienstes im Innenministerium
Prag

beglaubigt

gez. Olandt
(Der Bürgermeister
von Gülzow Krs.
Herzogt. Lauenburg)

61

Abschrift von beglaubigter Abschrift

B e s c h e i n i g u n g

über das Ausscheiden aus der Gemeinschaftsverpflegung
Vor- und Zuname Schwalenberg, Wilhelm
Beruf: Inspektor / 27.9.94
Wohnhaft in: Abeldoren-Holland
Strasse -
hat im unterfertigten Gefängnis (Lager) für die Zeit vom 17.9.44 - 5.5.1945 Gemeinschaftsverpflegung erhalten.

Theresienstadt, den 5.5.1945
für internationales Rotes Kreuz

gez. Novotny (Siegel)
Comitee internationales Rotes Kreuz Geneve

Die Abschrift stimmt mit der Urschrift überein

gez. Olandt
(Der Bürgermeister von Gülzow Krs. Herzogt. Lauenburg)

Kreisarchiv Stormarn B2

8

A b s c h r i f t von Abschrift

Peter Paul Rath
Berlin-Lichterfelde-West
Finckensteinallee 141

Ich erkläre hiermit, dass Herr Wilhelm Schwalenberg als politischer Häftling in Theresienstadt war und mir bekannt ist, dass er zum Tode verurteilt war, unendlich viel Leiden auszuhalten hatte und Schläge bekam. Er ist Kamerad unter Einsetzung seines Lebens gewesen. Im Kz. Theresienstadt war er durch sein aufopferndes kameradschaftliches Verhalten bei allen Leidensgefährten beliebt.
Mir ist auch erinnerlich, dass er am 18. April 1945 schon erschossen werden sollte und dieses nur durch einen Zufall nicht geschah. Er wurde am 5. Mai 1945 vom internationalen roten Kreuz befreit und war somit ca. 10 Monate in Theresienstadt ab August 1944.

gez. P. Rath

Berlin, den 21. 6. 1946

Diese Abschrift stimmt mit der Hauptschrift wörtlich überein. Die Hauptschrift ist eine Urschrift.

Magedeburg, den 6. Aug.46
gez. Abraham / Notar

(Siegel)
Max Abraham
Notar im Bez.d.
Oberlandesgerichts
Halle/S.

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

Abschrift von beglaubigter Abschrift

Mirosow, den 7.X.1946.

B e s t ä t i g u n g

Ich endesgefertigter bestätige dass mir Herr Wilhelm Schwalenberg ehemaliger Landwirtschaftsverwalter in Stitov persönlich bekannt war und dass derselbe im Verkehr mit mir als ehemaligen Bürgermeister in Mirosov stets als Antifaschist auftrat. Es war mir bekannt dass Derselbe in guter Beziehung zu den hiesigen Bewohnern stand indem er den Bauern und Viehhältern Wiesen und Aecker in Pacht überlies sie dadurch unterstützte. Sein Benehmen zu seinen Untergeordneten kann ich leider nicht beurteilen, da sämtliche Arbeiter zur Zeit nicht mehr hier sind, jedoch kann ich mit Bestimmtheit erklären dass mir eine schlechte Behandlung seinerseits nicht bekannt ist.

Auch bestätige ich dass H. Schwalenberg nie mit gehobenen Arm sondern im Verkehr mit mir immer wie ich mit entblösten Haupt gegrüsst hat. Seine Gesinnung offenbarte er öfters öffentlich und wurde deshalb von der Gestapo verhaftet. Sein weiteres Schicksal war mir unbekannt. Es wurde uns gesagt dass er wegen horchen fremder Rundfunksendungen verhaftet wurde, das ihm sogar seine Frau und Grützmacher anzeigten. Das habe ich nur gehört und kann deshalb nicht als Warhheit bezeichnen. Auch äuserte sich der Genannte öfters zu mir dass Hittler den Krieg nicht gewinnen kann. Auf meine Verwunderung sagte er zu mir dass er kein Deutscher sei er sei Holländer. Diese Angaben kann ich zu jederzeit beweisen.

Ebenso sind H. Josef Spachman Tischler und Franz Hajek Schlosser beide in Mirosov bereit dies zu bestätigen indem sie den Inhalt des Schreibens gelesen haben.

Diese Bestätigung gebe ich auf Verlangen des Rechtsanwalts in Magdeburg, H. Abraham ab.

gez. Hajek Frt. gez. Spachman gez. Spreumack

Die wörtliche Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit der Urschrift beglaubige ich hiermit.

Magdeburg, den 21. August 1947. gez. Abraham / Notar

(Siegel)

Max Abraham - Notar im
Bez. d. Oberlandesgerichts
Halle/S.)

64

Abschrift von begl. Abschrift

Olvenstedt, d. 24.9.46

Eidesstattliche Versicherung.

Ich versichere an Eidesstatt, dass Wilhelm Schwalenberg in Worten und Taten stets ein grosser Gegner der Nazipartei war. Wir haben oft bis in die Nacht über die Nazi zusammen geschimpft, auch hat er bei dem Kaufmann Rei, Ovenstedt 1943 ein Hitlerbild zerschlagen.

gez. Kuno Scherping.
Stempel: Kuno Scherping, Bauer,
Ovenstedt, Schulzenterstr. 1
Tel. 35126

Diese Abschrift stimmt mit der mir vorgelegten Hauptschrift wörtlich überein. Die Hauptschrift ist eine Urschrift

Magdeburg, den 20. Dezember 1946.

gez. Abraham / Notar
(Max Abraham - Notar im
Bez.d.Oberlandesgerichts
Halle/S.)

Kreisarchiv Stormarn B2

Begl. Abschrift.

Eidesstattliche Versicherung

Ich versichere an Eidesstatt, dass Wilhelm Schwalenberg in Worten und Taten, soweit ich ihn kenne, stets ein Gegner der Nazipartei gewesen ist. In einer Angelegenheit, die hier in Olvenstedt sich abspielte, machte ich meine Aussagen so, dass er dadurch den Zugriff der Gestapo entzogen wurde. (Zerschlggen eines Hitlerbildes.

gez. Erich Scherping.

Olvenstedt, den 24. Sept. 1946.

Diese Abschrift stimmt mit der mir vorgelegten Hauptschrift wörtlihh überein. Die Hauptschrift ist eine Urschrift.

Magdeburg, den 20. Dezember 1946.

Max Abraham

Notar.

Kreisarchiv Stormarn B2

66

8

Beglaubigte Abschrift

Olvenstedt d. 26.9.46.

Unterzeichneter bestätigt hiermit, dass sich H.W. Schwalenberg so oft wir zusammen waren als Antifaschist aufgeführt hat. Bin selbst, so lange der Antifa Bund Ortsgruppe Olvenstedt besteht Mitglied.

Wilhelm Dürre

Anschrift: Wilhelm Dürre
Olvenstedt, Poststr. 13

Diese beglaubigte Abschrift stimmt mit der mir vorgelegten Hauptschrift wörtlich überein. Die Hauptschrift ist eine Urschrift.

Magdeburg, den 20. Dezember 1946

Max Abraham
Notar im Bez. d. Oberlandesgerichts Halle/S.

Notar.

Kreisarchiv Stormann B2

Farbkarte #13

67

9

Landkreisverwaltung
des Kreises Herzogtum Lauenburg
Sozialamt

Ratzeburg, den 16. Januar 1948
Haf/Mx.
abgesandt am: 23.1.48
persönlich abgeholt
Kn.

Herrn
Friedrich Wilhelm Schwalenberg,

G ü l z o w

1.) Betr.: Ihre Aufnahme in die Betreuung des Kreissonderhilfsausschusses.

In seiner Sitzung vom 8.1.1948 hat der KSHA beschlossen, Sie in die Betreuung, Ziffer 1 - 4, aufzunehmen. Der Betreuungsschein wird Ihnen nach Fertigung durch Ihren Obmann zugestellt werden.

Die Lebensmittelkarten stehen Ihnen ab 110. Periode (5.1.48) zu. Die erhöhte Fürsorgeunterstützung ist Ihnen ab 1.1.48 bewilligt. Die Gemeindeverwaltung ist benachrichtigt.

b.w.

Kreisarchiv Stormarn B2

Sonderhilfsausschuss
des Kreises Herzogtum Lauenburg

Ratzeburg, den 26. Mai 1948
Har/Mx. 1/3343.

27 MAI 1948

1.) An
die Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium des Innern, I/5 Pol.Wi.Gu.

K i e l
Düsterbrockerweg 70/90

Betr.: Betreuung Wilhelm Schwalenburg, Gülzow, Krs. Lauenburg.
Bezug: Dort. Erls. vom 20.4.48 - I/5 Pol.Wi.Gu.

Die Zuzugsgenehmigung ist Schwalenburg erteilt worden. Der Umzug der Familie Schwalenburg wird sofort nach der Aufnahme der Austauschfamilie erfolgen.

2.) z.d.A.

2.) An
die Gemeindeverwaltung
~~Gülzow~~ Gülzow

Umstehende Abschrift wird zur Kenntnisnahme übersandt.

3.) z.d.A.

26. Jan. 1948

Kreisarchiv Stormarn B2

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNERN

(24b) Kiel, den 20. April 1948
Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 21481-86

Geschäftszeichen: - I/5 - Pol.Wi.Gu. -
(im Antwortschreiben anzugeben)

An die
Landkreisverwaltung Lauenburg
- Abt. Polit. Wiedergutmachung -
Kreis-Sonderhilfsausschuss

R a t z e b u r g .

Landkreisverwaltung
d. Kreises Herzogtum Lauenburg
Ratzeburg/Lbg.
Eing. 22. APR. 1948
Tgb. Nr. 1/3343

Betr.: Betreuung Wilhelm S c h w a l e n b u r g , Gülzow, Krs. Lauenburg.

Das M.d.I. - Ref. Pol.Wi.Gu. - hat am 21. Februar ds. Js. an das Landeswohnungsamt, Kiel, wegen Erteilung der Zuzugsgenehmigung für die Familie des Herrn Schwalenburg nach der Gemeinde Trittau geschrieben.
Sie werden gebeten, dem M.d.I. - Ref. Pol.Wi.Gu. - Mitteilung darüber zu machen, ob die Zuzugsgenehmigung inzwischen erteilt worden ist.

Im Auftrage:
Nielsen

KD, DF 81 - 552 10 000 2.48 Kl. A

Kreisarchiv Stormarn B2

12

Der Bürgermeister
Gülzow Krs. Hzgt. Lauenburg

Gülzow, den 24. 6. 1948

Bescheinigung!

Es wird hiermit bescheinigt, dass Herr Wilhelm Schwalenberg in der Gemeinde Gülzow für die Monate Januar und Februar 1948 als politisch Verfolgter Unterstützung erhalten hat.

Der Bürgermeister

Olandt

Kreisarchiv Stormarn B2

Ausgabe Nr. 404 Kreis Lauenburg 3c III 1-4 13

Kreissonderhilfsausschuß

Name: Schwalenberg Friedrich Wilhelm

Ständige Anschrift: Gülzow Kr. Lauenburg

[illegible]

Obenerwähnte Person ist auf Grund der Ermächtigung des Kreissonderhilfsausschusses zur Inanspruchnahme der hier gegenüber aufgezeigten Sondervergünstigungen berechtigt.

...atum: 22.1.48.

Unterschrift des Vorsitzenden: Krupp

Unterschriften der Mitglieder: [signature]

[signature]

Art und Nummer des Personalausweises:

Reihen-Nr.	Einzelheiten	Stempel des Ausschusses
1	Lebensmittelkarte für Schwerarbeiter vom 5.1.1948 bis auf Widerruf	Stamps: Kreisverwaltung / Kreiswohlfahrtsamt des Kreises Herzogtum Lauenburg; Arbeitsgemeinschaft … Office of Former German Political Prisoners …
2	Vorzugsweise Zuteilung einer Wohnung für 5 Personen *)	Stamps
3	Vorzugsweise Zuteilung von Arbeit	Stamps
4	Oeffentliche Sonderunterstützung a) für 26 Wochen b) verlängert für .... Wochen c) dauernd	Stamps: Landkreisverwaltung / Kreiswohlfahrtsamt des Kreises Herzogtum Lauenburg; Office of Former German Political Prisoners …

Diese Karte muss von demjenigen, für den sie ausgestellt ist, persönlich vorgezeigt werden.

*) Anmerkung: Zum Zwecke der Wohnungszuteilung zählen Kinder unter einem Jahre nicht. Kinder im Alter von 1 bis 14 Jahren zählen jeweils als eine halbe Person.

Reihen-Nr. 1: Zuständig das Kreisernährungsamt.
Reihen-Nr. 2: Zuständig das Kreiswohnungsamt.
Reihen-Nr. 3: Zuständig das Kreisarbeitsamt.
Reihen-Nr. 4: Zuständig das Kreiswohlfahrtsamt.

PDU. CCG. 319c 250M 12.45

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.

14

\- 4/413 - Schwalenberg - D./Kl. -
Bad Oldesloe, den 30. August 1948

1/ An den
Kreis- Sonderhilfsausschuss
des Kreises Hzgt. Lauenburg

in R a t z e b u r g
-.-.-.-.-.-.-.-.-

Der von dem dortigen Kreis- Sonderhilfsausschuss anerkannte Friedrich Wilhelm Schwalenberg, bisher wohnhaft in Gülzow, ist nach Trittau, Kanaphof, verzogen.
Um Überlassung der dortigen Unterlagen zwecks Weiterführung der Betreuung wird gebeten.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

73

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuß
— Abdg. 4/413 —

15

- 4/413 - Schwalenberg - D./Kl. -
Bad Oldesloe, den 30. August 1948

Landesverwaltung
d. Kreises Herzogtum Lauenburg
Ratzeburg
- 3. SEP. 1948

An den
Kreis- Sonderhilfsausschuss
des Kreises Hzgt. Lauenburg

in Ratzeburg
-.-.-.-.-.-.-.-.-

Der von dem dortigen Kreis- Sonderhilfsausschuss anerkannte Friedrich Wilhelm Schwalenberg, bisher wohnhaft in Gülzow, ist nach Trittau, Kanaphof, verzogen.
Um Überlassung der dortigen Unterlagen zwecks Weiterführung der Betreuung wird gebeten.

Im Auftrage:

Trittau 357.

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

74

Wilhelm Schwalenberg

z.Zt. 24 B Trittau (Holstein)
Karnaphof

den 25. Oktober 1948

An das Landeshilfsausschuß

~~Amt für Vermögenskontrolle.~~

Bad ~~Nenndorf~~ Oldesloe

Als Opfer des Faschismus wurde ich von der V. V. N. Hamburg belehrt mich in meiner Angelegenheit betreffs Wiedergutmachung an Sie zu wenden.

Ich bin anerkanntes Opfer der Faschismus und war vom 7. August 1944 bis 5 Mai 1945 in der kleinen Festung Theresienstadt eingesperrt. Am 8. April 1945 wurde ich vom Volksgericht in Leitmeritz zum Tode verurteilt, nachdem mir bei meiner Verhaftung mein gesamtes Vermögen von der Gestapo beschlagnahmt wurde.

Ich bitte mir im Wege der Wiedergutmachung um Ersatzstellung für das mir beschlagnahmte Vermögen.

Ich bin von Beruf landwirtschaftlicher Oberinspektor, 55 Jahr alt und habe Frau und drei Kinder.

Seit meiner Entlassung habe ich als Landarbeiter gearbeitet und möchte mir nun wieder eine Excistenz gründen , wozu mir Gelegenheit geboten wird, jedoch habe ich nicht das Geld, um diese Gelegenheit auszunützen. - Bis zum heutigen Tage habe ich noch von keiner Seite auch nur die kleinste Hilfe oder Unterstützung erhalten, und da stets betont wird, dass den Opfern des Faschismus geholfen werden soll, bitte ich nochmals um Ihren Beistand.

Eine Liste über das mir von der Gestapo beschlagnahmte Vermögen in Höhe von M 108.255.-- füge ich bei.

Hochachtungsvoll

Kreisarchiv Stormarn B2

75

Wilhelm Schwalenberg.

Beschlagnahmt durch die Gestapo am 17. August 1944

1 Reitpferd ostpreuss. Trakehner		3.000.--
4 Anzüge für Sonntag		400.--
3 Reitanzüge		225.--
3 Paar Schuhe		45.--
2 " Langstiefel Juchten		150.--
2 " Gamaschen		24.--
15 " Strümpfe a Paar 3.--		45.--
8 Unterhosen	a 10.--	80.--
15 Hemden	a 10.--	150.--
5 Hüte	a 8.--	40.--
3 Mützen	a 5.--	15.--
20 Taschentücher	-.50	10.--
10 Selbstbinder	3.00	30.--
2 Wintermäntel	100.--	200.--
2 Lodenmämtel	75.--	150.--
1 Reitpelerine		125.--
1 Sattelzeug		125.--
1 silberne Uhr		65.--
6 Bettücher		90.--
6 Bezüge		90.--
1 Bett		100.--
1 Bettstelle		350.--
1 Schreibtisch		350.--
1 Tisch		50.--
6 Stühle		60.--
2 Schränke		350.--
1 Steppdecke		160.--
3 Wolldecken		75.--
2 Unterjacken	15.--	30.--
2 Gardinen	30.--	60.--
3 Lampen 145.-	35.-- 30.--	210.--
50 Zentn. Kohlen	1.20	60.--
12 Teller	1.50	18.--
12 Tassen	1.--	12.--
12 Gabeln	2.--	24.--
12 Föffel	2.50	30.--
12 Messer	2.50	30.--
12 kl. Teller	1.--	12.--
Schuhputzzeugm Kleiderbürste etc.		8.--
Flurgarderobe		120.--
Vorräte		300.--
Bargeld im Hause bei mir		5.250.--
8 Gänse		100.--
23 Hühner		69.--
30 Kaninchen		150.--
1 Schäferhund		300.--
1 Kutschwagen (Jagdwagen)		1.000.--
1 Kutgeschirr		150.--
1 Kuh		500.--
Geld bei Hermann Cordan, Holzgrosshändler Prag		50.000.--
Sparkasse Rokyzany		38.000.--
Übertrag		102.987.--

76

118

Bad Oldesloe, den 3. November 1948.

P r o t o k o l l

der 6. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn
am 28. Oktober 1948.

Es waren anwesend:

a) Herr Tradowsky,	stellvertretender Vorsitzender,
b) Herr Lerbs,	Beisitzer,
c) Herr Pietsch,	Beisitzer,
d) Herr Debelstein,	von der Verwaltung (Schriftführer).

Vorlage: Antrag auf Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten Wilhelm S c h w a l e n b e r g , jetzt wohnhaft in Trittau, Kanaphof.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, die am 8. Januar 1948 ausgesprochene Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten Schwalenberg zu bestätigen. Schwalenberg ist von Gülzow Kr. Lauenburg nach Trittau verzogen. Durch die eingereichten Unterlagen ist erwiesen, dass Sch. aus politischen Gründen inhaftiert war.

....

Übertrag		102.987.--
1 Schwein 4 Zentner	250.--	
12 Handtücher	18.--	
Kleine Utensilien	500.--	
Gehalt für August 1944 bis Mai 1945 = 10 Monate a 450.--		4.500.00
		108.255.--

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G. Black 3/Color White Magenta Red Yellow Green Cyan Blue Centimetres Inches

Bad Oldesloe, den 3. November 1948.

16

P r o t o k o l l
-.-.-.-.-.-.-.-

der 6. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn
am 28. Oktober 1948.

Es waren anwesend:
a) Herr Tradowsky, stellvertretender Vorsitzender,
b) Herr Lerbs, Beisitzer,
c) Herr Pietsch, Beisitzer,
d) Herr Dabelstein, von der Verwaltung (Schriftführer).

Vorlage: Antrag auf Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten Wilhelm S c h w a l e n b e r g , jetzt wohnhaft in Trittau, Kanaphof.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, die am 8. Januar 1948 ausgesprochene Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten Schwalenberg zu bestätigen. Schwalenberg ist von Gülzow Kr. Lauenburg nach Trittau verzogen. Durch die eingereichten Unterlagen ist erwiesen, dass Sch. aus politischen Gründen inhaftiert war.

Tradowsky .... Lerbs .... Pietsch ....

Kreisverwaltung Stormarn
Kreis-Sonderhilfsausschuss

Bad Oldesloe, den 1948

An

. . . .

in .... über die Gemeindeverwaltung

Nach Anweisung des Landeswirtschaftsamtes ist ab 1.12.1947 die Notversorgung der Bevölkerung mit Spinnstoffwaren durch Ausgabe von Punktmarken, die an Stelle der bisherigen Bezugsmarken treten, durchzuführen. Die Bewilligung und Ausgabe der Punktmarken hat ab sofort nur noch aufgrund von vorgeschriebenen Anträgen zu erfolgen.

Für Spinnstoffanträge ist das als Anlage 1 beigefügte Muster zu verwenden. Schuhanträge sind laut Anlage 2 und Anträge auf Haushaltsgegenstände laut Anlage 3 zu stellen.

Die Berücksichtigung von Anträgen erfolgt in Höhe der zugewiesenen Punktmarken.

Sämtliche Anträge sind mit der Stellungnahme der Gemeindeverwaltung versehen nach hier einzureichen. Anträge, bei denen die Stellungnahme der Gemeindeverwaltung fehlt, müssen unberücksichtigt bleiben.

Bisher eingereichte Anträge, die nicht der Formvorschrift entsprechen, dürfen nicht mehr berücksichtigt werden.

Unter Berücksichtigung der sehr geringen Zuteilungen wird gebeten, nur Anträge für z.Zt. dringend benötigte Gegenstände zu stellen. Für jeden Artikel ist ein besonderer Antrag zu stellen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

78

- Schwalenberg - D./K. Bad Oldesloe, den 17. Mai 1949

20

P r o t o k o l l

der 18. Sitzung des Kreissonderhilfs-
ausschusses Stormarn vom 12. Mai 1949.

Es waren anwesend:

1. Herr Siege,	Vorsitzender
2. Herr Prof. Dr. Benner,	Beisitzer
3. Herr Pietsch,	stellv. Beisitzer
4. Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der am 28.10.48 ausgesprochenen Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Todendorf.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst nunmehr in Abänderung des Beschlusses vom 28.10.48, Schwalenberg von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten auszuschliessen.
Wie aus der hier eingegangenen Strafliste des Strafregisterführers in Dessau ersichtlich, ist Sch. von 1921 bis 1939 insgesamt 18 mal aus kriminellen Gründen bestraft. Zuletzt am 10.7.39 wegen gemeinschaftl. fortges. Betruges zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Es darf ohne weiteres unterstellt werden, dass Sch. als Vorbeugungshäftling inhaftiert und aus diesem Grunde zu Unrecht als ehem. polit. Verfolgter anerkannt wurde.

Siege Dr. Benner Pietsch D

Kreisverwaltung Stormarn
Kreis-Sonderhilfsausschuss Bad Oldesloe, den 194

An . . . .

. . . .

in . . . . über die Gemeindeverwaltung

Nach Anweisung des Landeswirtschaftsamtes ist ab 1.12.1947 die Notversorgung der Bevölkerung mit Spinnstoffwaren durch Ausgabe von Punktmarken, die an Stelle der bisherigen Bezugsmarken treten, durchzuführen. Die Bewilligung und Ausgabe der Punktmarken hat ab sofort nur noch aufgrund von vorgeschriebenen Anträgen zu erfolgen.
Für Spinnstoffanträge ist das als Anlage 1 beigefügte Muster zu verwenden. Schuhanträge sind laut Anlage 2 und Anträge auf Haushaltsgegenstände laut Anlage 3 zu stellen.
Die Berücksichtigung von Anträgen erfolgt in Höhe der zugewiesenen Punktmarken.

Sämtliche Anträge sind mit der Stellungnahme der Gemeindeverwaltung versehen nach hier einzureichen. Anträge, bei denen die Stellungnahme der Gemeindeverwaltung fehlt, müssen unberücksichtigt bleiben.
Bisher eingereichte Anträge, die nicht der Formvorschrift entsprechen, dürfen nicht mehr berücksichtigt werden.
Unter Berücksichtigung der sehr geringen Zuteilungen wird gebeten, nur Anträge für z.Zt. dringend benötigte Gegenstände zu stellen. Für jeden Artikel ist ein besonderer Antrag zu stellen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

79

Schwarzenbek

21

1. Bus -,90 je Fahrt
Bahn -,40
1,30 = 2,60

2 Fahrt 2,60

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

Dr. Schirmacher & Co., Hamburg
Industrie-Unternehmen

Fernruf: 32 62 53/54
Postschließfach: Nr. 1017 Hamburg 1
Drahtwort: Nordoptik Hamburg
Postscheckkonto: Hamburg 120710
Bankkonto: Commerzbank Hamburg
Depositen-Kasse Speersort

Herrn ...

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht vom | Unsere Zeichen Pr. | (24a) Hamburg 1, Steinstr. 23, 24.10.47

Betrifft: Bescheinigung.

Wir bescheinigen hiermit, dass Herr Helmut ...

80
22

- Verwaltung des Amtes Trittau -
- Der Amtsschreiber -

Trittau, den 22. Oktober 1948
Sch./K.

Tagbnr.A 1493/48

Herrn
Friedrich-Wilh. Schwalenberg
T r i t t a u
Karnaphof

Sehr geehrter Herr Schwalenberg!

Betr.: Aufrechterhaltung der Stormarnschule Ahrensburg.

Die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde Ahrensburg bedingt einen Zuschuss von monatlich rund 23.- DM pro Schüler der genannten Schule. Dieser Zuschuss ist mit Wirkung vom 1.Juli 1948 monatlich im voraus zu zahlen.

Die Gemeinde Trittau ist von der Gemeinde Ahrensburg aufgefordert worden, diese Zuschussbeträge zu übernehmen. Da auch die Gemeinde Trittau sich in einer kritisch schlechten finanziellen Lage befindet, hat der Rat der Gemeinde Trittau in seiner Sitzung vom 15.Okt.ds.Js. beschlossen, den geforderten Zuschuss abzulehnen.

Es wurde empfohlen, den Eltern dieser 6 Kinder, die aus der hiesigen Gemeinde die Stormarnschule besuchen, anheim zu stellen, diese Beträge selbst zu übernehmen. Sofern es sich um völlig mittellose Eltern handelt, wäre die Gemeinde Trittau evtl. bereit, kurzfristig einen Beitrag zu diesem Zuschuss zu gewähren.

Die Ablehnung des von der Gemeinde Ahrensburg zur Aufrechterhaltung der Stormarnschule geforderten Zuschusses musste erfolgen, da die Verhältnisse der Volksschule in Trittau grosse finanzielle Hilfe bedürfen.

Die Gemeinde Ahrensburg ist von der Ablehnung der Gemeinde Trittau in Kenntnis gesetzt worden. Es ist anzunehmen, dass die Gemeinde Ahrensburg nunmehr die Schüler der besuchenden Stormarnschule aus der hiesigen Gemeinde von dem künftigen Besuch der Stormarnschule ausschliesst.

Amt Trittau Kreis Stormarn

Schmidt

Antrag auf Schulgeldbefreiung durch den SHD Stormarn stellen. [signature] 26/10.48

81

Bad Oldesloe, den 1. ~~Oktober~~ November 1948 83

1. Dem ehem. polit. Verfolgten Friedrich-Wilhelm Schwalenberg, Karnaphof sind als Rentenvorschuss für ~~den Monat~~ Aug., Sept., Okt. und November 1948 200,- DM auszuzahlen

2. D.-Ausgabeanweisung über 200,- DM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkartei.

4. Zum Vorgang.

Im Auftrage:

Herrn
Friedrich-Wilh-Schwalenberg

Trittau

Karnaphof

1 AMT TRITTAU KREIS STORMARN

Kreisarchiv Stormarn B2

82

Schwalenberg-D./-   Bad Oldesloe, den 3. November 1948.

1/ An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
-Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen,
-Ref. VI D 6 -

K i e l .

Betr.: Gewährung von Renten an Anspruchsberechtigte nach dem Gesetz vom 4.3.1948.

In der Betreuungssache des anerkannten ehem. polit. Verfolgten Friedrich-Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Trittau, Kampshof werden anliegend mit der Bitte um Festsetzung der Rente überreicht:

a) Antrag auf Beschädigtenrente,
b) ärztliches Gutachten des Dr. med. Klukow in Ahrensburg, wonach die Erwerbsminderung z.Zt. 60% beträgt,
c) Abschrift des Protokolls der 6. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses
d) Liquidation des Dr- Klukow über 6.-- DM.

Die Rentenvorschüsse für die Monate August bis November 1948 mit je 50.-- DM wurden an Sch. ausgezahlt.

Die Handakten liegen ebenfalls mit der Bitte um umgehende Rückgabe an.

Im Auftrage:

- 3 -

3) Welche Folgen dieses Schadens sind z.Zt. der Antragstellung noch vorhanden ? 3 ....

d) Nachweis des Schadens: (Zeugen, eidesstattliche Versicherungen) 3 d) ....

4. a) Welchen gesetzlichen Krankenkassen gehört der Beschädigte an? 4 a)
1) Vor der Verfolgung ? 1) ....

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisverwaltung Stormarn
Kreis-Sonderhilfsausschuss

Bad Oldesloe, den 194

An
. . . .
in . . . . über die Gemeindeverwaltung

Nach Anweisung des Landeswirtschaftsamtes ist ab 1.12.1947 die Notversorgung der Bevölkerung mit Spinnstoffwaren durch Ausgabe von Punktmarken, die an Stelle der bisherigen Bezugsmarken treten, durchzuführen. Die Bewilligung und Ausgabe der Punktmarken hat ab sofort nur noch aufgrund von vorgeschriebenen Anträgen zu erfolgen.

Für Spinnstoffanträge ist das als Anlage 1 beigefügte Muster zu verwenden. Schuhanträge sind laut Anlage 2 und Anträge auf Haushaltsgegenstände laut Anlage 3 zu stellen.

Die Berücksichtigung von Anträgen erfolgt i. Höhe der zugewiesenen Punktmarken.

Sämtliche Anträge sind mit der Stellungnahme der Gemeindeverwaltung versehen nach hier einzureichen, Anträge, bei denen die Stellungnahme der Gemeindeverwaltung fehlt, müssen unberücksichtigt bleiben.

Bisher eingereichte Anträge, die nicht der Formvorschrift entsprechen, dürfen nicht mehr berücksichtigt werden.

Unter Berücksichtigung der sehr geringen Zuteilungen wird gebeten, nur Anträge für z.Zt. dringend benötigte Gegenstände zu stellen. Für jeden Artikel ist ein besonderer Antrag zu stellen.

Im Auftrage

83

Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium
für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen
Sonderreferat für die Versorgung der Opfer des Nat. Soz. und deren Angehörige

(24b) Kiel, den 8. Nov. 1948
Gartenstraße 7
Fernruf 21281/84

19. Nov. 25

Ref. VI D 6 Az.
(Bei Antwortschreiben angeben)

An die
Kreisverwaltung Stormarn
Sonderhilfsausschuss für OdN
Geschäftsstelle

Bad Oldesloe

Betr.: Rentenabteilung
Antrag Wilhelm Schwalenberg, Trittau

Herr Sch. beantragt heute persönlich die Gewährung eines grösseren Rentenvorschusses, da er sich z.Zt. in einer besonderen Notlage befindet. Nach Angabe von Herrn Sch. hat eine Vertrauensärztliche Untersuchung durch Herrn Dr. Kluckow, Ahrensburg bereits stattgefunden, und ist eine Erwerbsminderung von 80 % durch die Verfolgung festgestellt worden.

Wenn die Angaben von Herrn Sch. zutreffen, (Akte liegt dem Referat - VI D 6 - noch nicht vor) wird seine monatliche Rente

	DM 186,40
und Kinderzuschlag für zwei Kinder	DM 37,28
	DM 223,68 betragen.

Demnach hat Herr Schwalenberg an Nachzahlung zu beanspruchen:

Vom 1.1.48 - 30.6.48 - ~~DM~~ 6 x DM 22,37 =	DM 133,22
Fünf Monate, Juli, August, Sept. Okt. und November	DM 1118,40
	DM 1251,62

Sie wollen bitte an Herrn Sch. DM 600.-- sofort auszahlen, Die endgültige Abrechnung erfolgt nach Genehmigung des Rentenantrages durch den Rentenausschuss.

Herr Schwalenberg ist gebeten worden, dem Referat - VI D 6 - den Nachweis über die Schulausbildung der beiden Kinder Hannelore und Christa direkt einzureichen. Herr Sch. bittet ferner in folgender Angel-egenheit um die Hilfeleistung des Sonderreferates. Die 29-jährige Tochter Ingeborg befindet sich seit Oktober 1945 in einer Nervenheilanstalt, Eindhofen, (Holland). Fräulein Ingeborg Schwalenberg leidet nach Angabe ihres Vaters seit Ende 1942 am Verfolgungswahnsinn. Sie ist 1939 in Gronau und 1942 in Magdeburg durch die Gestapo inhaftiert und als Geisel für den Vater festgehalten und misshandelt worden. Herr Sch. ist im Besitz von Unterlagen, die die Verfolgung und Beschädigung der Tochter nachweisen. Ein Antragsformular auf Beschädigtenrente für die Tochter Ingeborg ist dem Vater ausgehändigt worden. Sie werden gebeten, falls erforderlich, Herrn Sch. bei der Beschaffung noch erforderlicher Urkunden behilflich zu sein.

./.

Howaldtsche Buchdruckerei, DF 75, Kiel 5313 5000 4. 48 Kl. A

Kreisarchiv Stormarn B2

Ferner werden Sie gebeten, wegen der Verschaffung einer anderen Existenz für Herrn Sch. weiterhin bemüht zu sein.

Herr Schwalenberg leidet an starken rheumatischen Beschwerden. Er beantragt die Durchführung einer Rheuma-Heilkur. Sie wollen daher Herrn Sch. dem Vertrauensarzt zuführen und das ärztliche Gutachten über die Notwendigkeit der Verschickung umgehend einsenden.

Alles weitere wird vom Referat - VI D 6 - veranlasst werden.

Im Auftrage

Nielsen

Bd. O., 9. 11. 48

1) Nach Anweisung der Landesregierung sind an Sch. als Rentenvorschuß sofort 600.- DM auszuzahlen.

2) D-Ausgabe-Anweisung über 600.- DM für VG. ~~10~~ 40 fertigen.

3) Wv. sofort.

8. Nov. 1948

i.A.

84

Ahrensburg, den 24. Nov. 1948

Ich bescheinige hiermit, dass die Geschwister Hannelore und Christa S c h w a l e n b e r g die Oberschule in Ahrensburg besuchen.

je 10.- DM wird bezahlt.

der Direktor

Stormarnschule (O.-S.) * Gemeinde Ahrensburg

Nickelsen

Oberstudiendirektor

88

Bad Oldesloe, den 24.11.1948

1. Dem ehem. polit. Verfolgten Friedrich-Wilhelm Schwalenberg, Trittau sind als Rentenvorschuss für den Monat Dezember 1948 150.- DM auszuzahlen.

2. D.-Ausgabeanweisung über 150.- DM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkartei.

4. z.d.A.

Im Auftrage:

88

28

Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium
für ~~Arbeit~~, Wohlfahrt und Gesundheitswesen

(24b) Kiel, den 2. Dez. 1948
Gartenstraße 7
Fernruf 21281/84

Ref. VI D 6 Az.
(Bei Antwortschreiben angeben)

An die
Kreisverwaltung Stormarn
Sonderhilfsausschuss für OdN
Geschäftsstelle

Bad Oldesloe

Betr.: Rentenabteilung
Antrag auf Beschädigtenrente, Wilhelm Schwalenberg, Trittau.

/ In der Anlage wird die Akte Schwalenberg mit der Bitte zurückgereicht, dieselbe schnellmöglichst dem Vertrauensarzt, Herrn Dr. Kluckow, Ahrensburg, zur nochmaligen Untersuchung des Herrn Sch. und Stellungnahme zu den Wünschen des Obergutachters im ärztlichen Gutachten vom 25.11.1948, zuzustellen.

Im Auftrage
Nielsen

Für den Monat Dezember 1948 können DM 200.- gezahlt werden
Nielsen

HOWALDTSCHE BUCHDRUCKEREI KIEL D F 25 5313 15000 4 48 KL A

Kreisarchiv Stormarn B2

Bad Oldesloe, den 3. Dez. 1948

- Schwalenberg - L./K.

Herrn
Dr. med. K l u k o w
in A h r e n s b u r g
Grossestr. 16

ab 3/12.

In der Anlage wird die Akte Schwalenberg zur nochmaligen Untersuchung des Herrn Schwalenberg und Stellungnahme zu den Wünschen des Obergutachters im ärztlichen Gutachten vom 25.11.48 übersandt.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

88

Bad Oldesloe, den 3. Dez. 1948

1. Dem ehem. polit. Verfolgten Friedrich-Wilhelm Schwalenberg, Hamapfey sind als Rentenvorschuss für den Monat Dezember 1948 50,- DM auszuzahlen.

2. B.-Ausgabeanweisung über 50,- DM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkartei.

4. z.d.A.

Im Auftrage:

Bad Oldesloe, den 9. Dezember 1948

-Schwalenberg - D./G.

An die
Amtsverwaltung

T r i t t a u

Der anerkannte ehem. polit. Verfolgte Friedrich-Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Trittau, Karnaphof, ist hier auf Grund des dortigen Schreibens vom 22. 10. 48 bezüglich der Zahlung eines Betrages zur Aufrechterhaltung der Stormarn-Schule in Ahrensburg vorstellig geworden. Her Schwalenberg ist nicht mehr in der Lage, die bisher von ihm bezahlten 20,-- DM für seine Kinder Hannelore und Christa Schwalenberg aufzubringen. Er bittet daher, diese Kosten, die auch zu Lasten der Gemeinde gehen, von dort zu übernehmen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

88

- Schwalenberg - D./K.

Bad Oldesloe, den 16. Dezember 1948

32

1) An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen
Ref. VI D 6
in K i e l

ab 30/12.

Betrifft: Rentenabteilung,
Antrag Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Trittau.

In der Betreuungsache des ehem. polit. Verfolgten Wilhelm Schwalenberg in Trittau werden in Erledigung des Erlasses vom 2.12.48 anliegend zurückgereicht:

1. Antrag auf Beschädigtenrente,
2. ärztliches Gutachten des Dr. med. Klukow in Ahrensburg, wonach die Erwerbsminderung 60 % beträgt,
3. ärztliches Gutachten vom 25.11.48,
4. Abschrift des Protokolls der 6. Sitzung des KSHA.,
5. EKG Bericht des Marienkrankenhauses vom 8.12.48,
6. die Handakten des KSHA.

2) Wvlg.

Kreisdirektor i. A.

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

Margarethe 91 33

Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium für Wohlfahrt
und Gesundheitswesen
Ref.VI D 6

Kiel, den 23. Dez. 1948
Gartenstr. 7
/24. Dez.

An die
Kreis/~~Stadt~~verwaltung Stormarn
Sonderhilfsausschuss für OdN
- Geschäftsstelle -
in ~~Ahrensburg~~ Oldesloe

Betr.: Abschlagszahlungen auf Retenansprüche nach dem Gesetz vom 4.3.1948

Auf Grund vertrauensärztlicher Begutachtung ist

Herr/~~Frau~~ Wilhelm Schmalenberg, Trittau

infolge der durch Verfolgung des Naziregimes erlittenen Gesundheitsstörungen voraussichtlich

. . 60 . . %

in seiner/~~ihrer~~ Erwerbsfähigkeit beschränkt. Die gesetzliche Rente beträgt demnach einschl. Kinderzuschlag

monatlich DM . . 168.- . . .

Vorbehaltlich der Genehmigung des Rentenausschusses können daher

an Herrn/Frau . . . Sch. . . . ab 1.1.1949 monatlich DM . 168.-

gezahlt werden

Sie werden gebeten, innerhalb von 10 Tagen der Landesregierung Schleswig-Holstein, Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen - Ref. VI D 6 - mitzuteilen, welche rückerstattungspflichtigen Zahlungen bisher an Herrn/Frau . . . . erfolgt sind, und zwar

a) aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge im Hinblick auf die zu erwartende Rente als OdN
ab 1.1.1948 - 30.6.1948 in RM (abgewertet 1:10),
ab 1.7.1948 in DM

b) als Rentenvorschuss aus Mitteln der Landesregierung Schleswig-Holstein, Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen - VI D 6 -.

Beginn und Höhe der Zahlungen sind genau anzugeben.
Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei Anfragen an das Kreisfürsorgeamt darauf zu achten ist, dass bei den an das Kreisfürsorgeamt zurückzuerstattenden Beträgen nicht der 50%ige Zuschlag zu den Sonderhilfsleistungen gemäß Zonenanweisung 2900 in Betracht kommt, da dieser Zuschlag aus Mitteln des Landes gewährt worden ist.

Gleichfalls können die aus Mitteln für Räumungsfamilienunterhalt gezahlten Beträge nur zu 15% zurückgefordert werden, weil 85% dieser Beträge bereits durch die Landesregierung erstattet worden sind.

Im Auftrage
gez. Nielsen.

Als Nachzahlung können DM 100.- ausgezahlt werden.
Außerdem sind die Fahrtkosten Trittau/Ahrensburg und DM 8.20
und Trittau/Hamburg 2.80
an Sch. zu ersetzen und bei VI D 6 zurückzufordern. DM 11.-

92

Bad Oldesloe, den 28. Dezember 1948.

1. Dem anerkannten ehem. poli. Verfolgten Friedrich Schwalenberg steht gem. Bescheid der Landesregierung Schleswig-Holstein, voraussichtlich eine monatliche Rente von 168.-- DM zu.
   An Rentenvorschüssen wurden ~~xxxxxx~~ bisher insgesamt 1.000.-- DM ausgezahlt.
   Die Rente für die Zeit vom 1.1.48 -30.6.48 ist im Verhältnis 10:1 abzuwerten, sodass die Rente insgesamt 100.80 DM betragen wird. Für die Zeit ab 1.7.48 bis 31.12.48 wären insgesamt 1008.-- DM, 1.108.80 DM zu zahlen.
   Herrn Schwalenberg stehen somit noch 108.80 DM zu
   Hierauf soll Herr Sch. nach Anweisung der Landesregierung heute 100.-- DM erhalten. Neben diesem Rentenvorschuss sind noch an Fahrtauslagen 11.-- DM vorschussweise zu zahlen.
   Erstattung erfolgt durch das Ref. VI D 6 der Landesregierung.

2. D-Ausgabe-Anweisung über 100.-- DM für VG. 40 fertigen.
3. Ausgabe-Anweisung über 11.-- DM für Ziffer 4219 fertigen
   Empf. zu 2 u. 3: Friedrich Schwalenberg, Trittau z.Hd. Frau Margarethe Schwalenberg. 28.12.48 Kr
4. Wvlg. sofort.

I.A.
[signature]

Kreisarchiv Stormarn B2

-Schwalenberg-D./-

Bad Oldesloe, den 30. Dezember 1948.

An den
Kreissonderhilfsausschuss,

R a t z e b u r g.

In der Betreuungssache des ehem. polit. Verfolgten Friedrich S c h w a l e n b e r g in Trittau wird um Mitteilung gebeten, welcher Erstattungsanspruch dort für die Zeit vom 1. Januar 1948 bis zum Fortzug nach Trittau geltend gemacht wird.

Um eine umgehende Mitteilung wird gebeten, damit das Rentenverfahren abschliessend bearbeitet werden kann.

Im Auftrage:

...sie regeln zahlreiche Zweifelsfragen und sind daher im Interesse einer möglichst raschen Klärung des Wahlverfahrens an die Wahlleiter, soweit erforderlich, zu verteilen.
Auf folgende wichtige Punkte der Dienstanweisung wird bereits jetzt hingewiesen:
a) Teil I Ziff. 1c: Unabhängige Kandidaten auf der Reserveliste (s. Ziff. 4 dieses Erlasses).
b) Teil I Ziffer 6: Wo keine Wahl notwendig ist.

4. Unabhängige Kandidaten auf der Reserveliste.
Dienstanweisung für Wahlleiter, Teil I Ziff. 1 c.
Anordnung der CC. - A&LG- Bünde BAOR. vom 1.7.1946
Erlaß vom 13.Juni 1946/Nr. 3 Ziff. 4.
Nach dem ursprünglichen Wortlaut der Dienstanweisung für die Wahlleiter Teil I Ziff. 1 c konnten unabhängige Kandidaten auf der Reserveliste nicht vorgeschlagen werden. Diese Regelung ist durch die Anordnung der Kontrollkommission vom 1.Juli 1946 dahingehend geändert worden, daß unabhängige Kandidaten doch auf der Reserveliste vorgeschlagen werden können. Vorbehaltlich weiterer Weisungen der Kontrollkommission verbleibt es danach in dem in meinem Erlaß vom 13.Juni 1946/Nr. 3 Ziff.4 vorgesehenen und in den verschiedenen Besprechungen klargelegten Verfahren.

5.

Kreisarchiv Stormarn B2

94

-Schwalenberg-D./-   Bad Oldesloe, den 30. Dezember 1948.

1/ An die
Landesregierung Schleswig-Holstein,
Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen,
-Ref. VI D 6 -

K i e l .

Betr.: Rentenabteilung.
Antrag Friedrich S c h w a l e n b e r g , Trittau.

In der Betreuungssache des ehem. polit. Verfolgten Friedrich S c h w a l e n b e r g in Trittau wird unter Bezugnahme auf den Erlass vom 23.12.1948 mitgeteilt, dass seitens des Kreises Stormarn aus öffentlichen Mitteln für Schwalenberg nicht eingetreten wurde.

An Rentenvorschüssen wurden an Schwalenberg seit dem 1. August 1948 insgesamt 1.100.— DM ausgezahlt.

2/ Wg.

Kreisdirektor.

I. A. [illegible]

[Ahr]ensburg, den 28. November 1946.

Antrag auf ein Radioapparat

Ich beantrage hiermit 1 Rundfunkgerät, da wir unseren Apparat im Mai 1945 durch Feindeinwirkung verloren haben, und da es uns bis jetzt unmöglich war ein Rundfunkgerät zu erlangen.

Die Angaben als eidesstattlich erklärt hiermit
Frau Maria [illegible]
Ahrensburg Adolfstr. 30.

[illegible] Nr. 81

[illegible]

Kreisarchiv Stormarn B2

35

Bad Oldesloe, den 7. Januar 1949

- Schwalenberg - D./K.

Herrn
Wilhelm S c h w a l e n b e r g
in T r i t t a u
Kanaphof

In Ihrer Betreuungssache beträgt die Ihnen ab 1.1.49 auszuzahlende Rente nach Mitteilung der Landesregierung Kiel 168,-- DM.
Am 10.12.48 wurde Ihnen auf Ihren Antrag ein Freifahrtschein für eine Bahnfahrt von Bad Oldesloe nach Ahrensburg erteilt. Die Fahrtkosten wurden durch die Reichsbahn Bad Oldesloe mit 1,20 " in Rechnung gestellt. Dieser Betrag wird Ihnen von der Rente für Monat Januar 1949 in Abzug gebracht.

Im Auftrage:

Bad Oldesloe, den ~~30.~~ ~~April~~ Mai 1948
Mühlenstr. 22
Telefon 151 - 157

- 4/413 - Ca./Hi. -

1.) Frau
Anni H a n s e n , Ww.

(24a) Ahrensburg
Bargenkoppelredder 3

ab 4/5.

Auf Ihr Schreiben vom 23. ~~12.~~ Mts. an den Herrn Landrat, welches befürwortend an mich zur Bearbeitung weitergegeben worden ist, erwidere ich, daß die Zuteilung eines Radiogeräts bisher nicht möglich war. Mit den bisher zugewiesenen Bezugsmarken für Radiogeräte konnte den zahlreichen Anträgen auch nicht annähernd entsprochen werden. Sobald wieder Marken eingehen, werde ich Ihren Antrag dem Verteilungsausschuß vom Sonderhilfsausschuß mit vorlegen.

Im Auftrage:

2.) Wv. (413)
(bitte bald berücksichtigen)

Kreisarchiv Stormarn B2

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black
Farbkarte #13 B.I.G.
Centimetres 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19
Inches 1 2 3 4 5 6 7 8

Farbkarte #13 B.I.G.

Kreisarchiv Stormarn B2

Bad Oldesloe, den 7. Januar 1949

1. Am 10.12.48 wurde für Herrn S c h w a l e n b e r g ein Freifahrtschein für eine Fahrt von Bad Oldesloe nach Ahrensburg ausgestellt. Die Fahrkosten betragen 1,20 DM. Dieser Betrag ist der für Januar auszuzahlenden Rente von 168,-- DM in Abzug zu bringen und bei Ziffer 4219 durch Ausgabe - Absetzung zu vereinnahmen.

2. Ausgabe- Absetzungsanweisung über ~~xxx~~ 1,20 DM für Ziffer 4219 fertigen.

Im Auftrage:

Bad Oldesloe, den 8. Jan. 1949.

1. Dem ehem. polit. Verfolgten Wilhelm Schwalenberg, Trittau sind als Rentenvorschuss für den Monat Januar 1949 168,- DM auszuzahlen.

2. D.-Ausgabeanweisung über 168,- DM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkartei.

4. z.d.A.

Im Auftrage:

97

Bad Oldesloe, den 28. Januar 1949

- Schwalenberg - D./K.

Herrn
Friedm S c h w a l e n b e r g
in T r i t t a u
Karnaphof

In Ihrer Betreuungssache hat die Landesregierung Schleswig - Holstein, Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen, Ref. VI D 6, am 26.1.49 hierher telefonisch mitgeteilt, dass Ihre Erwerbsminderung infolge der durch die Verfolgung erlittenen Gesundheitsstörungen durch den Obergutachter auf 40 % festgesetzt worden ist. Die gesetzliche Rente beträgt demnach statt 168,-- DM nur 93,30 DM. Ab 1.2.49 können Ihnen daher nur noch 93,30 DM monatlich ausgezahlt werden. Der Kinderzuschlag kommt somit ebenfalls in Fortfall.
Eine endgültige Nachricht über Ihre erneute Festsetzung geht Ihnen alsbald zu.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

98

Bad Oldesloe, den 28. Januar 1949

40

- Schwalenberg - D./K.

1) An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen
Ref. VI D 6
in K i e l

L 31/1.

Betrifft: Rentenabteilung,
Antrag Wilhelm Sch w a l e n b e r g in Trittau.

In der Betreuungssache des ehem. polit. Verfolgten Wilhelm Schwalenberg inTrittau wird unter Bezugnahme auf den telefonischen Anruf vom 26.1.49 mitgeteilt, dass ab 1.2.49 gem. dortiger Anweisung an Rentenvorschuss lediglich 93,30 DM (unter Berücksichtigung der nunmehr festgesetzen Erwerbsminderung von 40 %) ausgezahlt werden.
Anliegend wird eine Rechnung des Marien - Krankenhauses in Hamburg über 6,-- DM überreicht mit der Bitte, die Begleichung unmittelbar von dort aus vorzunehmen.

2) Wg.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuß
— Abtlg. 4/413 —
– Schwalenberg – D./K.

Betrifft:

Bad Oldesloe, den 28. Januar 1949

99

Bad Oldesloe, den 15. Februar 1949.

1. Name des Antragstellers: Friedrich-Wilhelm S c h w a l e n b e r g
geb. 27. September 1894
Beruf: Inspektor
verheiratet 3 Kinder
gegenwärtiges Einkommen: z.Zt. ohne lediglich eine Beschädigtenrente von mtl. 93.3o DM

2. Art der Verfolgung:
Kz.-Haft in Theresienstadt vom 17. August 1944 bis 5. Mai 1945

3. Es wird beantragt: Darlehen von 6oo.— DM lt. anliegendem Antrag.

4. Welche Hilfe wurde bisher schon gewährt?

Kann z.Zt. nicht angegeben werden, da die Akten des KSHA. sich bei der Landesregierung in Kiel- Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen- -Ref. VI D. 6 - befinden.

5. Begründung:
Das Darlehen soll, wie aus dem anliegenden Antrag ersichtlich, zur Gründung einer Lebensexistenz verwendet werden. Die bisherigen Bemühungen, eine selbständige Existenz aufbauen zu können, sind fehl geschlagen.

6. Stellungnahme des KSHA.:

Der Antrag des Herrn Schwalenberg auf Gewährung eines Darlehens von 6oo.— DM wird befürwortet. Der Kreissonderhilfsausschuss ist z.Zt. nicht mehr in der Lage, einen Teilbetrag dieses Darlehens zur Verfügung zu stellen, da über die vorhandenen Kreismittel bereits verfügt ist.

7. Ist der Antragsteller Rentenempfänger nach dem Gesetz vom 4.3.1948?

Ja, (40% erwerbsgemindert) monatlich 93.3o DM.

Im Auftrage:

An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium des Innern-
-Ref. I/8 A -Pol.Wi.Gu.-

K i e l
durch Herrn Schwalenberg im verschlossenen Umschlag.

Geschäftsstelle für die Betreuung
der Opfer des Nationalsozialismus
-Kreissonderhilfsausschuss-
des Kreises Herzogtum Lauenburg

Ratzeburg, den 23.2.1949
H/Sd. -

An den
Sonderhilfsausschuss des Kreises Stormarn
- Kreisverwaltung -
in Bad Oldesloe

Betr.: Friedrich Schwalenberg in Trittau/Lbg.
Bezug: Ihr Schreiben vom 30.12.1948.

Ein Erstattungsanspruch auf Rückzahlung von Fürsorgeleistungen besteht gegen Schwalenberg nicht.

Bd.O. 25.2.49
Zum Vorgang.

Harwal.

Kreisarchiv Stormarn B2

101

43

Bad Oldesloe, den 24. Februar 1949

1. Dem ehem. polit. Verfolgten Friedrich-Wilhelm Schwalenberg, Trittau sind als Rentenvorschuss für den Monat März 1949 93,30 DM auszuzahlen.

2. D.-Ausgabe-Anweisung über 93,30 DM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkartei.

28. FEB. 1949

4. z.d.A.

Im Auftrage:

102

44

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNERN

(24b) KIEL, den 21. Februar 1949
Landeshaus
Telefon 21480-84

Geschäftszeichen: I/8 A - Pol.Wi.Gu.
(Im Antwortschreiben anzugeben)

An die
Geschäftsstelle für die Betreuung der OdN
-Sonderhilfsausschuss-
Kreisverwaltung Stormarn

Bad-Oldesloe

Landratsamt Stormarn
24.2.49
Anlg. Tgb.Nr.

Betr.: Friedrich-Wilhelm Schwalenberg.
Bezug: Dort.Schreiben v. 15.2.49.

Das M.d.I. -Ref. Pol.Wi.Gu.- hat Herrn Sch. eine einmalige Beihilfe von DM 500,- gewährt. Der genannte Betrag wird mit dem heutigen Tage auf das Kto. der dortigen Kreiskommunalkasse zwecks Auszahlung an Herrn Sch. überwiesen.

Sie wollen Herrn Sch. entsprechend benachrichtigen.

Im Auftrage
Wenrowh

Bd.O. 7.3.49
1/ D-Einnahme- und Ausgabe-Anweisung über 500,- DM für Kr. 00 fertigen.
2/ Wvlg.

10. März 1949

i.A.

Kreisarchiv Stormarn B2

103

45

Bad Oldesloe, den 29. Januar 1949

1. Dem ehem. polit. Verfolgten Wilhelm Schwalenberg, Trittau sind als Rentenvorschuss für den Monat Februar 1949 93,30 DM auszuzahlen.

2. L.-Ausgabe-Anweisung über 93,30 DM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkartei.

4. z.d.A.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

104

Schwalenberg 147

Geburtsurkunde
Wovon hat Sch. bisher gelebt.
Ist Vermögen vorhanden oder
zu erwarten?

105

-Schwalenberg-D./-   Bad Oldesloe, den 17. März 1949.

An die
Landesregierung Schleswig-Holstein,
Ministerium des Innern
-Ref. I/8 A.-Pol.Wi.Gu.-

K i e l .

In der Betreuungssache des anerkannten ehem. polit. Verfolgten Friedrich-Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Todendorf wird anliegend ein Antrag auf Gewährung eines zinslosen Darlehnens über 3.000.-- DM zur Entscheidung überreicht.

Sch. ist von dem Kreissonderhilfsausschuss Stormarn als ehem. polit. Verfolgter anerkannt aufgrund seiner Angaben, vom 17.8.1944 bis 5. Mai 1945 in Theresienstadt inhaftiert gewesen zu sein.
Die Akten des Kreissonderhilfsausschusses befinden sich beim Rentenausschuss.

Im Auftrage:

Kreisverwaltung Stormar
- Kreiswohlfahrtsamt -

Herrn
. . . .
in . . . .
Als Schwerbeschädigter
.... Brennstoffgutsche
Ueber eine weitere Zut
bekannt.

Kreisarchiv Stormarn B2

Schwalenberg-D./-   Bad Oldesloe, den 30. März 1949.

An die
Landesregierung Schleswig-Holstein,
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr,
Ref. IV A 42,

K i e l .

Betr.: Rentenabteilung
Antrag Wilhelm S c h w a l e n b e r g , jetzt Todendorf
Bezug: Erlass vom 27.1.1949 -Az. Be. 147.

In Erledigung des o.a. Erlasses wird mitgeteilt, dass Schwalenberg bisher als Pächter bezw. Mitinhaber auf einem kleinen Landbesitz tätig war. Diese Tätigkeit ist infolge Meinungsverschiedenheiten aufgegeben und betreibt Schwalenberg jetzt nach seinen Angaben ein Gewerbe als Handelsvertreter.

Vermögen ist nach Angaben von Sch. nicht vorhanden und nicht zu erwarten.

Die Geburtsurkunde will Sch. dort persönlich vorlegen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuß
— Abtlg. 4/413 —
-Ströhl-D./-

Bad Oldesloe, den 30. März 1949.

An die
Stadtverwaltung,

Bad Oldesloe.

In der Fürsorgeangelegenheit der Frau Maria S t r ö h l wird mitgeteilt, dass nach der Anweisung der Landesregierung Rentenvorschüsse ab 1. August 1948 gezahlt werden können. Von der dortigen Stadtkasse wurden an Frau Ströhl ausgezahlt:

August	104.-- DM
September	104.-- DM
Oktober	86.-- DM
November	86.-- DM
Dezember	86.-- DM
Januar 1949	86.-- DM
insgesamt	552.-- DM
erstattet wurden hierauf insgesamt	91.10 DM
Der noch verbleibende Betrag von	460.90 DM

wird in Kürze erstattet.

Im Auftrage:

48

Bad Oldesloe, den 24. 3. 1949

1. Dem ehem. polit. Verfolgten Fr.-W. Schwalenberg, Todendorf sind als Rentenvorschuss für den Monat April 1949 93,30 DM auszuzahlen.

2. D.-Ausgabe-Anweisung über 93,30 DM für VG 40 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkartei. 26. MRZ 1949

4. z.d.A.

Im Auftrage:

107

108

Abschrift.

Kiel, den 17. März 1949

49

Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr.

Geschäftszeichen: I V A 42

Unsere Zeichen	Name	Beanstandung
Bl./103	Tibor, Wilhelm Rethwischfeld	
Bl./142	Schwalenberg, Wilh.	Es ist der Nachweis über die jetzige Staatszugehörigkeit zu erbringen.

Kreisarchiv Stormarn B2

108

52

-Schwalenberg-D./- Bad Oldesloe, den 27. April 1949.

An Herrn
Friedrich Wilhelm Schwalenberg,

T o d e n d o r f .

z. 28/4.

Der Rentenausschuss bei der Landesregierung hat anlässlich der Ueberprüfung Ihres Rentenantrages beanstandet, dass der Nachweis Ihrer Staatsangehörigkeit nicht erbracht sei. Sie werden daher gebeten, eine Bescheinigung darüber beizubringen, dass Sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Für eine umgehende Erledigung wollen Sie Sorge tragen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

110 57'

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNERN

(24b) KIEL, den 4.Mai 1949
Landeshaus
Telefon 21480-84

Geschäftszeichen: I/8 A - Pol.Wi.Gu.
(Im Antwortschreiben anzugeben)

Kreis Stormarn
-6. MAI 1949
Anl./Tgb.Nr. 4

An die
Geschäftsstelle für die Betreuung der OdN
-Sonderhilfsausschuss-
Kreisverwaltung Stormarn

Bad-Oldesloe

Betr.: Wilhelm Schwalenberg.
Bezug: Anlage.

Es wird gebeten die Betreuung des Herrn Sch. mit sofortiger Wirkung einzustellen und Herrn Sch. den Betreuungsausweis ggfls. durch die Ortspolizeibehörde zu entziehen.
Nach einem hier vorliegenden Strafregisterauszug des Sch. ist er v. 1921 - 1939 insgesamt 18 mal aus kriminellen Gründen bestraft. Es darf ohne weiteres unterstellt werden, daß Herr Sch. als Vorbeugungshäftling inhaftiert wurde. Die Angelegenheit muss sofort nach Eingang dieses Schreibens durch den SHA. Oldesloe entschieden werden.
Es wird gebeten, den Strafregisterauszug streng vertraulich zu behandeln.

Im Auftrage
Weinrath

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

111

52

Abschrift!

S t r a f l i s t e

des Wilhelm Schwalenberg, geboren am 27.9.1893 in Calbe a.S.

verurteilt am:

1.	18.7.21	Schöff.Ger. - 5 C 164/21 - wegen Urkundenfälschung zu 300,- Mk. Geldstrafe od. 30 Tagen Gefängnis.
2.	27.5.21	Amtsgericht, Bernburg - D 28/21 - wegen Betruges zu 1 Monat Gefängnis - Strafaufschub nach Zahlung von 100,- Mk. am 27.4.26 erlassen.
3.	30.5.23	Amtsgericht, Bernburg - 6 b D 54/23 - wegen §14 in Verbindung mit § 12 Satz 2 der Verordnung über Handel mit Lebensmittel u. Futtermittel zu 30.000,- Mk. ev. 10 Tage Gefängnis.
4.	5.11.23	Amtsgericht Bernburg - 6 C 823/23 - wegen Vergehens §§ 3, 28 d.Verordn.über Handeslbeschränkung pp. zu 100 Milliarden ev. lo Tage Gefängnis
5.	13.10.25	Amtsgericht Bernburg - 6 C 587/25 - wegen Betruges zu 400,- Mk. Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis.
6.	16.4.26	Amtsgericht Bernburg - 6 D 48/26 - wegen Betruges zu 100,- Mkl Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis.
7.	12.1.26	Amtsgericht Bernburg - 6 D 47/25 - wegen Betruges i. 2 Fällen u. Pfandbruchs in 2 Fällen zu 7 Monaten Gefängnis. Bew. Frist bis 1.6.30 bew. am 27.1.27 - unter d.Bedingung, daß eine Buße von 1.000,- Mkl gezahlt wird. Buße ist am 2.2.27 gezahlt. Weitere Bew.Frist bis 1.6.33 bew. am 16.5.31. Bew.Frist widerrufen am 19.5.33
8.	29.5.26	Amtsgericht Bernburg - 6 C 244/26 - wegen Pfandbruchs zu 50,- Mk. Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis.
9.	20.1.27	Amtsgericht Bernburg - 6 C 45/27 - wegen Pfandbruch zu 100,- Mk. Geldstrafe ev. 20 Tagen Gefängnis.
10.	18.6.29	Amtsgericht Bernburg - 6 D 106/29 - wegen Beleidigung in 2 Fällen zu 50,- Mk. ev. 10 Tagen Gefängnis.
11.	18.2.31	Amtsgericht Cottbus - 8 B 126/30 - wegen Beleidigung zu 30,- Mk. Geldstrafe ev. 6 Tagen Gefängnis.

Kreisarchiv Stormarn B2

109

12.	4.3.31	Amtsgericht Bernburg - 6 D 80/30 - wegen Unterschlagung zu 100,- Mk1 Geldstrafe ev. 6 Tagen Gefängnis.
13.	3.11.32	Schöff.Ger.Bernburg - 2 J 333/32 - wegen fortges.Betruges zu 4 Monaten Gefängnis.
14.	10.10.33	Schöff.Ger.Brandenburg - 4 M 41/33 - wegen Betruges zu 6 Monaten Gefängnis.
15.	8.2.34	Kl.Strafkammer Bernburg - 6 D 120/32 - wegen Unterschlagung zu 4 Wochen Gefängnis, D.Amnestie v. 7.8.34 erlassen.
~~16.~~		Zu 15: Zu Strafen 13 u. 14 zurückgeführt auf eine Gesamtstrafe von 9 Monaten Gefängnis. Beschluss d.Sch.G.Brandenburg/H.-4 M 41/33 v.8.10.34, verbüßt am 18.1.35.
16.	17.11.34	Gr.Strafk. V d LG Magdeburg - 9 KM 48/34 - wegen fortges.Betruges, Untreue in 3 Fällen, davon 1 F in Tateinh.m.schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr, 9 Monaten Gefängnis u. 2 mal 30,- Mk. Geldstrafe od.weiteren je 6 Tagen Gefängnis. Verbüßt am 18.11.38
17.	10.7.39	Gr.Strafk.d.LG Magdeburg - 10 Kms 6/39 - wegen gemeinschaftl.fortges.Betruges zu 3 Jahren Gefängnis u. 5 Jahren Ehrverlust verbüßt am 24.7.41

(Siegel) Dessau, den 12.4.49.

Der Registerführer.

gez.Unterschrift.

112

- Schwalenberg - D./K. Bad Oldesloe, den 17. Mai 1949

58

Protokoll

der 19. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn vom 12. Mai 1949.

Es waren anwesend:

1. Herr Siege, Vorsitzender
2. Herr Prof. Dr. Bennorm, Beisitzer
3. Herr Dietsch, stellv. Beisitzer
4. Herr Dabelstein, Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der am 28.10.48 ausgesprochenen Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten [illegible] S c h w a l e n b e r g in Todendorf.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst nunmehr in Abänderung des Beschlusses vom 28.10.48, Schwalenberg von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten auszuschliessen. Wie aus der hier eingegangenen Strafliste des Strafregisterführers in Dessau ersichtlich, ist Sch. von 1921 bis 1939 insgesamt 18 mal aus kriminellen Gründen bestraft. Zuletzt am 10.7.39 wegen gemeinschaftl. fortges. Betruges zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Es darf ohne weiteres unterstellt werden, dass Sch. als Vorbeugungshäftling inhaftiert und aus diesem Grunde zu Unrecht als ehem. polit. Verfolgter anerkannt wurde.

- - - - - - - - - - - - - - - - - - -

17. Mai 1949

4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Schwalenberg - D./K.

Einschreiben

Herrn
Friedrich - Wilhelm Schwalenberg
in T o d e n d o r f

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfsausschuss in der Sitzung vom 12.5.49 beschlossen hat, Sie von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten auszuschliessen.
Wie die angestellten weiteren Ermittlungen ergeben haben, sind Sie in der Zeit von 1921 bis 1939 insgesamt 18 mal aus kriminellen Gründen bestraft worden. Ihre letzte Strafe, datiert vom 10.7.39, lautete auf drei Jahre Gefüägnis. Ihre Kz.-Haft muss daher als Vorbeugungshaft angesehen werden.
Sie werden hiermit ersucht, den Ihnen erteilten Ausweis des Kreissonderhilfsausschusses Nr. 131 sofort hierher zurückzugeben.
Gegen die Entscheidung des Kreissonderhilfsausschusses steht Ihnen das Recht der Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides an den Landessonderhilfsausschuss in Kielzu. Ihre Beschwerde wäre zu begründen und bei dem Kreissonderhilfsausschuss in Bad Oldesloe einzureichen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

17. Mai 1949

4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Schwalenberg - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Ref. IV A 43
in K i e l

Betrifft: Rentenabteilung
Antrag Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g, jetzt Todendorf, Aktz.: Be/147.

In der Betreuungssache F.W. Schwalenberg wird anliegend eine Abschrift des Protokolls der 19. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn zur Kenntnisnahme überreicht.
Der Antragsteller wurde von der Entscheidung des Kreissonderhilfsausschusses benachrichtigt.

Im Auftrage:

---

17. Mai 1949

4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Schwalenberg - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium des Innern
Ref. I/8 A Pol. Wi. Gu.
in K i e l

Betrifft: Wilhelm S c h w a l e n b e r g, jetzt Todendorf.

In der Betreuungssache Wilhelm Schwalenberg wird anliegend eine Abschrift des Protokolls der 19. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn zur Kenntnisnahme überreicht. Auf den Erlass vom 4.5.49 wird Bezug genommen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

115

56

-Schwalenberg-D./-   Bad Oldesloe, den 28. Mai 1949.

An die
Amtsverwaltung,

M o l l h a g e n.

Der zu Todendorf wohnhafte Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g ist von dem Kreissonderhilfsausschuss Stormarn von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgter ausgeschlossen worden. Schw. ist noch im Besitze des grünen "Sonderausweises" Nr. 131. Dieser steht ihm nicht mehr zu. Herr Schw. wurde bereits am 18.5.49 aufgefordert, diesen Ausweis hier abzugeben, was bisher nicht geschehen ist. Es wird daher gebeten, diesen Ausweis einzuziehen und hierher zu übersenden.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisverwaltung Stormarn
– Kreiswohlfahrtsamt –
–4/413 – D/Re.

Bad Oldesloe, den 1948

An die
Gemeindeverwaltung – Bezugscheinstelle –

Betrifft: Ausgabe von Bezugsrechten an Inhaber des Berechtigungsscheines des Sonderhilfsausschusses Stormarn.

Dem/Der . . . . wohnhaft in . . . .
sind heute folgende Bezugsmarken ausgehändigt worden:

. . . . Stück – Artikel – Nr.
. . . . " " "
. . . . " " "
. . . . " " "
. . . . " " "

Es wird gebeten, die Ausgabe dieser Bezugsmarken in der dortigen Personalkartei zu vermerken.
Weiter wird gebeten, alle Angehörige dieses Personenkreises darauf hinzuweisen, dass die unmittelbare Einreichung von Anträgen beim Kreiswirtschaftsamt bzw. persönliche Rücksprachen zwecklos sind.

Im Auftrage:

116

Kreissozialamt Stormarn
2. JUNI 1949
Anl. Tgb. Nr.

Berlin 23.5.49

Herrn Dabelstein

Ich bin bei der Beschaffung der von Ihnen verlangten Urkunde. Frau Nielsen in Kiel habe ich eine eidesstattliche amtliche Versicherung zugesandt das ich die deutsche Staatsangehörigkeit besitze. Magdeburg will mir die Urkunde schnellstens beschaffen

Mit Gruß Schwalenberg

2 Ät Berlin Lichterfelde
Finckensteinallee 141
bei Rath

58

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, WIRTSCHAFT UND VERKEHR
Hauptabteilung Arbeit

(24b) KIEL, den 27. Mai 1949
Gartenstraße 7
Telegrammanschrift: Wirtschaftsministerium Kiel
Fernruf 21 281—85
Fernschreiber: Wirtschaftsmin. Kiel 029812

GESCHÄFTSZEICHEN: Ref. IV A 43 Be./142
(Bei Anwortschreiben ist vorstehendes Geschäftszeichen anzugeben)

Kreiswirtschaftsamt
Eingegangen 2. JUNI 1949
Beantw

Kreisverwaltung Stormarn
- 3. JUNI 1949
Tgb. Nr. 4

An die
Kreisverwaltung Stormarn
Sonderhilfsausschuss für OdN
Geschäftsstelle

O l d e s l o e

Betr.: Antrag auf Besch.-Rente, Wilhelm Schwalenberg, Trittau, Kanaphof

Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Abteilung Ernährung III 546 - teilt telefonisch mit, dass Schwalenberg lt. Strafregisterauszug 17 X wegen krimineller Delicte vorbestraft sein soll. Es wird um baldmöglichste Mitteilung gebeten, ob der SHA Stormarn hiervon Kenntnis erhalten und erneut zu der Frage der Anerkennung Stellung genommen hat. Eventl. ist die Zahlung des Rentenvorschusses vorsorglich einzustellen.

Im Auftrage
[signature]

Kreisarchiv Stormarn B2

118

Amt Mollhagen
Kreis Stormarn

Abtlg. Fürsorge

Bank-Konto: Kreissparkasse Stormarn
Hauptzweigstelle Trittau Konto-Nr. 26807
Postscheck-Konto: Hamburg Nr. 12556

(24a) Mollhagen, den 2. Juni 1949.
über Trittau, Bez. Hamburg :-: Telefon: Mollhagen 176

55

An

die Verwaltung des Kreises Stormarn
Sonderhilfsausschuss

Bad Oldesloe

Betr. Friedrich Wilhelm Schwalenberg.
Bezug: Schreiben vom 28.5.49.

Wie die Feststellungen ergeben haben, ist Schwalenberg zwar in Todendorf polizeilich gemeldet, hält sich aber in Hamburg 1 Spadenteich 5 Pension König auf.
Es wird gebeten, die Einziehung des Ausweises von Hamburg aus veranlassen zu wollen.

[signature]
Amtsschreiber

F. Schüthe, DR 286, Bad Oldesloe 592/10000/2. 49/A

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

119
60

Hamburg 12. 6 49

Verwaltung des Kreises Stormarn

... des Kreises Stormarn
16. JUNI 1949
Anl. / Tgb. Nr.

Akt 4/413 D. K.

Ich habe Ihr Schreiben vom 17. 5. 49 erhalten und werde mich in jeder weise rechtfertigen. Ich lege hiermit Beschwerde gegen den Beschluß vom 12.5 1949 ein und reiche die Begründung nach. Eine Bekennung habe ich sowieso nicht mehr nötig, da ich eine Existenz habe und gut verdiene und die Absicht habe Kameraden nun auch zu helfen. Ich bitte von Ihnen um Vorschläge welche Kameraden die den ~~[illegible]~~ Mut haben sich eine Existenz zu gründen, geholfen werden kann. Ich bitte um Antwort.

Hochachtungsvoll

Schwalenberg

Beiliegend den Ausweiß.

Kreisarchiv Stormarn B2

B2/F214

Unterschrift
(Signature)

Vor- und Zuname: [illegible]
(Christian name Family name)

Wohnort: [illegible]
(permanent)

Straße: [illegible]
(address)

Der Obengenannte ist zur Sonderhilfe berechtigt vom Sonderhilfsausschuß
(The above mentioned is entitled to special benefits on the authority of [illegible] Assistance Committee)

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuß
— Abtlg. 4/413 —

Datum: [illegible]
(Date)

Vorstand (Chairman) — Mitglieder (Members)

Kennkarte Nr.: [illegible]

Registrierschein Nr.:

Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Stp.)
1 Betr.: Kreisernährungsamt (Apply to Kreis-Food Office)	Mittelschwere Arbeiter (Medium Heavy Workers) Rationen (Ration Cards) von (from) bis (to)	
2 Betr.: Kreis-Wohnungsamt (Apply to Kreis-Wohnungsamt)	Wohnungsvorrecht (Housing Priority) für (for) [illegible] Personen	Kreisverwaltung Stormarn Kreissonderhilfsausschuß Abtlg. 4/413
3 Betr.: Kreis-Arbeitsamt (Apply to Arbeitsamt)	Anstellungsvorrecht (Priority Employment)	Kreisverwaltung Stormarn Kreissonderhilfsausschuß — Abtlg. 4/413 —
4 Betr.: Kreis-Wohlfahrtsamt (Apply to Kreis-Wohlfahrtsamt)	Besondere öffentliche Unterstützung (Special Public Assistance) a) für (for) Wochen (weeks) b) erneuert für (renewed for) Wochen (weeks) c) dauernd (permanent)	

120

121

Lichtbild
(Photo)

KREIS STORMARN 8 KANZLEI

Unterschrift (Signature): Wilh. Schwalenberg

Vor- und Zuname: Wilhelm Schwalenberg
(Christian name Family name)

Wohnort: Tritten
(permanent)

Straße: Karnaphof
(address)

Der Obengenannte ist zur Sonderhilfe berechtigt vom Sonderhilfsausschuß
(The above mentioned is entitlect to special benefits on the authority of [illegible]al Assistance Committees.)

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuß
— Abtlg. 4/413 —

Datum: 28. Okt. 1948.
(Date)

[signature] [signature] [signature]

Vorstand (Chairman) — Mitglieder (Members)

Kennkarte Nr.: AV 936 464 TPW.

Registrierschein Nr.:

Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Stp.)
1 Betr.: Kreisernährungsamt (Apply to Kreis-Food Office)	Mittelschwere Arbeiter (Medium Heavy Workers) Rationen (Ration Cards) von ... bis ... (from) (to)	
2 Betr.: Kreis-Wohnungsamt (Apply to Kreis-Wohnungsamt)	Wohnungsvorrecht (Housing Priority) für 4 Personen (for)	Kreisverwaltung Stormarn Kreissonderhilfsausschuß — Abtlg. 4/413 —
3 Betr.: Kreis-Arbeitsamt (Apply to Arbeitsamt)	Anstellungsvorrecht (Priority Employment)	Kreisverwaltung Stormarn Kreissonderhilfsausschuß — Abtlg. 4/413 —
4 Betr.: Kreis-Wohlfahrtsamt (Apply to Kreis-Wohlfahrtsamt)	Besondere öffentliche Unterstützung (Special Public Assistance) a) für ... Wochen (for) (weeks) b) erneuert für ... Wochen (renewed) (for) (weeks) c) dauernd (permanent)	

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13

B.I.G.

Kreisarchiv Stormarn B2

Serie (Serial)	Einzelheiten (Detail)	Stempel d. V. (Committee Stp.)

Der Inhaber dieses Sonderausweises ist zur Benutzung der Abteile für Schwerbeschädigte berechtigt.

Ort: Bad Oldesloe Datum: 1. November 1948

i. A.

KREIS STORMARN

Kinder unter einem Jahr zählen nicht
(Children under one year do not count)
Kinder zwischen einem Jahr u. 14 Jahren zählen als halbe Person
(Children between one year and fourteen years count as half person)

Sonderausweis
(Special Identity Card)
für
(for)
politisch, rassisch und religiös Verfolgte
(Persecutees on political, racial and religious grounds)

Nr. 131
(No.)

Ausgehändigt durch den Sonderhilfsausschuß des Stadt-Landkreises
(Issued by Special Assistance Committees of Stadt-Landkreis)
Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuß
— Abtlg. 4/413 —

Diese Karte muß **persönlich** vorgezeigt werden
(This card must be presented **personally** be the person in whose favour it is issued)

Landesdruckerei, Kiel, 766/10000. 7. 48.

21. Juni 1949

4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Schwalenberg - D./K.

Herrn
Wilhelm S c h w a l e n b e r g
in T o d e n d o r f

In Ihrer Betreuungssache wird der Empfang Ihres Schreibens vom 12.6.49 bestätigt.
Bevor Ihnen Vorschläge über hilfsbedürftige polit. Verfolgte gemacht werden, wollen Sie zunächst hierher mitteilen, um welche Existenz es sich hier handeln soll. Welche Möglichkeiten würden den Leuten durch die Aufbringung des Mutes gegeben sein.
Es wird Ihnen empfohlen, Ihren diesbezüglichen Vorschlag auch an die VVN. in Bargteheide, Jersbeckerstr. 20, weiterzuleiten.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

183

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNERN
Ref. I/8 A-Pol. Wi. Gu.-

(24b) KIEL, den 18.11.1949.
Landeshaus
Telefon 21 480-84
Besuchszeiten:
nur Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 0900-1300 Uhr

63

Geschäftszeichen: N./Kn.-
(Im Antwortschreiben anzugeben)

25. NOV. 1949

An die
Landkreisverwaltung Stormarn,
-Kreissonderhilfsausschuss für OdN-,
Geschäftsstelle,
Bad Oldesloe.

Betr.: Friedrich-Wilhelm Schwalenberg.
Bezug: Beschluss des dort. Ausschusses v.17.5.1949.

Durch obigen Beschluss wurde der Obengenannte aus der Betreuung ausgeschlossen und die Anerkennung entzogen.

Da Schw. inzwischen schon erhebliche Leistungen von der Landesregierung insbesondere auf Grund des OdN-Rentengesetzes empfangen hat und es andererseits erwiesen ist, dass Schw. durch falsche Angaben seine Anerkennung als OdN erschlichen hat, werden Sie gebeten, von dort aus gegen Schw. ein Strafverfahren einzuleiten.

Über das von Ihnen veranlasste wollen Sie dem Ministerium des Innern alsbald berichten.

Die Sonderhilfsausschuss-Akte geht Ihnen in der Anlage zu.

Im Auftrage:
Wellnitz

Anlage!
1 Aktenheft!

Bad Oldesloe, den 9. Dez. 1949

-Schwalenberg-D./K.

An die
Amtsverwaltung
in M o l l h a g e n

Es wird um Mitteilung gebeten, ob und ggf. wann und wohin der zuletzt in Todendorf wohnhaft gewesene Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g verzogen ist.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

125

65

Amt Mollhagen
Kreis Stormarn

Mollhagen, den 13.Dezember 1949.
über Trittau, Bez. Hamburg :-: Telefon: Mollhagen 176

Abtlg. Meldeamt

Bank-Konto: Kreissparkasse Stormarn
Hauptzweigstelle Trittau Konto-Nr. 26807
Postscheck-Konto: Hamburg Nr. 12556

An die
Kreisverwaltung,
Kreissonderhilfsausschuß,
-Abtlg.4/413-
in Bad Oldesloe.

Kreisverwaltung Stormarn
15 Dez. 1949
Tgb. Nr.

Betr. Friedrich Wilhelm Schwalenberg.

Bezug: Dort. Schreiben vom 9.12.1949.

Auf die obige Anfrage wird mitgeteilt, daß der Obengenannte zwar noch polizeilich in Todendorf gemeldet ist, sich jedoch in Hamburg-Duvenstedt, Hoopwischen 30, aufhält, wo er auch zu erreichen ist.

[Unterschrift]

J. Schüthe, DR 286, Bad Oldesloe 592/10000/2. 49/A

Bad Oldesloe, den 9. Dez. 1949

-Schwalenberg-D./K.

An die
Amtsverwaltung
in Mollhagen

Es wird um Mitteilung gebeten, ob und ggf. wann und wohin der zuletzt in Todendorf wohnhaft gewesene Friedrich Wilhelm Schwalenberg verzogen ist.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

126

2. Februar 1950

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -

- Schwalenberg - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A Pol. Wi. Gh.
in Kiel

Betrifft: Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Todendorf.
Bezug: Erlass vom 18.11.49, Aktz.: W./Kn.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass und den am 4.5.49 überreichten Strafregisterauszug wird um Mitteilung gebeten, ob Schwalenberg, wie in der Strafliste angegeben, am 27.9.93 in Calbe geboren ist oder wie er in seinem Fragebogen auf Anerkennung angibt, am 27.9.94. Diese Angabe ist wichtig, um evtl. auch bezüglich dieses Punktes Strafanzeige gegen Schwalenberg zu erheben.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13

B.I.G.

127

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuß
— Abtlg. 4/413 —

- Schwalenberg - D./K.

Bad Oldesloe, den 2. Februar 1950

Amt Mollhagen
1 . FEB. 1950

An die
Amtsverwaltung
in M o l l h a g e n

In der Angelegenheit Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Todendorf wird um Mitteilung der genauen Personalien des Schwalenberg gebeten. Wann und wo ist Schwalenberg geboren? Diese Angaben dürften sich aus dem Melderegister ergeben.

Im Auftrage:

Amt Mollhagen
Kreis Stormarn

Mollhagen, 10. Feb. 1950

U. der Kreisverwaltung „Stormarn"
Kreissonderhilfsausschuß
Bad Oldesloe

F. W. Schwalenberg ist am 27.9.94 in Hohndorf (Sachsen) geboren.

F. d.
Riemer

Kreisarchiv Stormarn B2

21. Februar 1950

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Schwalenberg - D./K.

Herrn
Friedrich Wilhelm Schwalenberg
in Hamburg - Duvenstedt
Hoopwischen 30

In Ihrer Wiedergutmachungssache ist der Kreissonderhilfsausschuss Stormarn von der Landesregierung gebeten worden, weitere Ermittlungen in Ihrer Angelegenheit anzustellen.
Hierfür ist erforderlich, dass Sie Ihre genauen Personalien hierher mitteilen.
Wo sind Sie geboren? Die Landesregierung gibt Ihren Geburtsort mit Calbe an, während von der Amtsverwaltung Mollhagen als Geburtsort Hohndorf/Sachsen angegeben wird.
Wie lauten die genauen Personalien Ihrer Eltern?

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
~~MINISTERIUM DES INNERN~~

Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A Pol.Wi.Gu.

Geschäftszeichen: Be./Hen.
(Im Antwortschreiben anzugeben)

(24b) KIEL, den 3.2.50
Landeshaus
Telefon 21 480-84
Besuchszeiten:
nur Montags, Dienstags,
Donnerstags und Freitags
von 0900-1300 Uhr

An die
Landkreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss f.OdN
Bad Oldesloe

Betr.: Be.142 - Willi Schwalenberg, Trittau
Bezug: Diess.Schrb.v.18.1.1950.

In der Sache Schwalenberg wird um baldige Berichterstattung gemäss obigem Erlass gebeten.

Im Auftrage
Neuwald

---

21. Februar 1950

- 4-I/8-Kreissonderhilfsausschuss -

- Schwalenberg - D./K.

Herrn
Friedrich Wilhelm Schwalenberg
in Hamburg - Duvenstedt
Hoopwischen 30

In Ihrer Wiedergutmachungssache ist der Kreissonderhilfsausschuss Stormarn von der Landesregierung gebeten worden, weitere Ermittlungen in Ihrer Angelegenheit anzustellen.
Hierfür ist erforderlich, dass Sie Ihre genauen Personalien hierher mitteilen.
Wo sind Sie geboren? Die Landesregierung gibt Ihren Geburtsort mit Gelbe en, während von der Amtsverwaltung Mollhagen als Geburtsort Hohndorf/Seeb-sen angegeben wird.
Wie lauten die genauen Personalien Ihrer Eltern?

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

130

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNERN

Der Landesminister des Innern
Ref. I/8A - Pol.Wi.Gu. Z./Sch.

Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben anzugeben)

(24b) KIEL, den 15.Febr.1950
Landeshaus
Telefon 21480-84
Besuchszeiten:
nur Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 0900-1300 Uhr

Kreisverwaltung Stormarn
20. FEB. 1950
Anl. Tgb.Nr. 4

An die
Kreisverwaltung Stormarn
Sonderhilfsausschuss für OdN
Geschäftsstelle

Bad-Oldesloe

Betr.: Friedrich Schwalenberg, Todendorf.
Bezug: Dort.Schreiben v. 2.2.50 -Schwalenberg - D./K.-

Ausweislich des hier in Abschrift vorliegenden Strafregisterauszuges, ist Schwalenberg am 27.9.1893 zu Calbe a.S. geboren.

Im Auftrage

[signature]

Kreisarchiv Stormarn B2

28. Februar 1950

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -

- Schwalenberg - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/3 A Pol. Wi. Gu.
in K i e l

Betrifft: Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Todendorf.
Bezug: Erlass vom 3.2.50, Aktz.: Be./142 - Be./Hen. -

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass wird berichtet, dass eine Strafanzeige seitens des Kreissonderhilfsausschusses bisher noch nicht erstattet werden konnte, weil noch weitere Ermittlungen erforderlich waren. Diese Ermittlungen sind auch bis heute nicht abgeschlossen.
Zu klären ist insbesondere, wann und wo Schwalenberg geboren ist. In dem Antragsformular auf Anerkennung gibt Sch. an, am 27.9.94 geboren zu sein. In dem dort eingezogenen Strafregisterauszug ist als Geburtsdatum der 27.9.93 angegeben. Als Geburtsort wird in dem Strafregisterauszug Calbe a.S. angegeben. Bei der Amtsverwaltung Mollhagen ist als Geburtsort Hohndorf angegeben.
Um Strafanzeige gegen Schwalenberg erheben zu können, wird um Überlassung

Kreisarchiv Stormarn B2

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der Landesminister des Innern
- Ref.I/8 A Pol.Wi.Gu.-

Geschäftszeichen: Be./Hen.
(Im Antwortschreiben anzugeben)

(24b) KIEL, den 8.3.50
Landeshaus
Telefon 21 480-84
Besuchszeiten:
nur Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 0900 - 1300 Uhr

Kreisverwaltung des Kreises Stormarn
13 MRZ 1950
Anl. Tgb.Nr.

An die
Kreisverwaltung Stormarn
- Sonderhilfsausschuss -
Bad Oldesloe

Betr.: Be.142 - Wilhelm Schwalenberg,Trittau.

Bezug: Dort.Schreiben vom 28.2.5o.- D/K -

Die Rentenakte des Obengenannten wird ihnen wunschgemäss kurzfristig zur Einsichtnahme übersandt. Um baldige Rückgabe der Akte wird gebeten. Sie wollen über das von dort Veranlasste berichten.

Im Auftrage

Anlage:
1 R.-Akte

der dortigen Akten für kurze Zeit zur Einsichtnahme gebeten.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

24. März 1950

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Schwalenberg - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
1. Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A Pol. Wi. Gu.
in Kiel

Betrifft: Beschädigtenrente Wilhelm S c h w a l e n b e r g in Todendorf.

In der Anlage werden unter Bezugnahme auf den Erlass vom 8. d. Mts. die Akten nach Einsichtnahme zurückgereicht.

Die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Betruges wird erfolgen.

Im Auftrage:

2. Geburtsurkunde vom Standesamt Calbe einziehen.

3. Wv.

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

134

E 1

Geburtsurkunde

(Standesamt Calbe(Saale) Nr. 230/1894

Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g

ist am 27. September 1894

in Calbe(Saale) geboren.

Vater: Oeconom Wilhelm Schwalenberg, wohnhaft

Mutter: Margarethe Schwalenberg geborene Herbst, wohnhaft in Calbe(Saale)

wenden!

Kreisarchiv Stormarn B2

Inches 1 2 3 4 5 6 7 8
Centimetres 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19
Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

Kreisarchiv Stormarn B2

Änderungen der Eintragung:

Calbe(Saale), den 1. April 1950

Der Standesbeamte

(Drittel)

(Siegel) Standesamt Calbe (Saale)

Gebührenfrei

A 51. Geburtsurkunde (eheliche Geburt).
Verlag für Standesamtswesen GmbH., Greiz i. Thür.
Verlag Kurt Gruber GmbH., Greiz i. Thür. 40 000. 12. 47. Th. V., G. 2009 | A 51

135

Betr: Ihr Schreiben 21.2.50 | Hamburg, den 18. 4. 50

325

Kreissonderhilfsausschuß 4-1/9

Ich habe Ihnen im Juni 1950? mitgeteilt daß ich auf alle Ansprüche verzichte. Alle Angaben die ich gemacht habe bei Ihnen beruhen auf Wahrheit. Geben Sie das Geld was mir zusteht Hilfsbedürftigeren als mich.

Hochachtungsvoll

Friedr. Wilh. Schwalenberg

Damit dürfte sich alles erledigt haben.

Bd.O, 28.4.50
Vst. zur Vorg.

Kreisarchiv Stormarn B2

4-1/9 - Schwalenberg - D./K.

136

76

Auskunft aus dem Strafregister der Staatsanwaltschaft zu M a g d e b u r g

Familienname: S c h w a l e n b e r g (bei Frauen Geburtsname)
Vorname: Friedrich Wilhelm (Rufname unterstreichen)

Geburtsangaben: (Tag, Monat, Jahr)	Gemeinde: Calbe/Saale	Landgerichtsbezirk: Magdeburg
27.9.93	(evtl. Stadtteil):	Land:
	Straße:	
	Verwaltungsbezirk:	

Familienstand: ~~ledig~~ — verheiratet — ~~verwitwet~~ — ~~geschieden~~
Vor- und Familien-(Geburts-) Name des (bzw. früheren) Ehegatten:

Vor- und Familienname des Vaters:	Vor- und Geburtsname der Mutter:
Oeconom Schw.	Margarethe Herbst

Stand (Beruf): Landwirt ggf. des Ehemannes:

Wohnort: ggf. letzter Aufenthaltsort: Todendorf

Straße und Hausnummer:

Staatsangehörigkeit:	Heimatgemeinde:	Heimatbezirk:
Deutsch	Todendorf	Schleswig

Im Strafregister ist folgende / sind keine Verurteilung(en) vermerkt:

Nr.	am	durch Aktenzeichen	wegen	auf Grund von	zu	Bemerkungen

Achtung!

Beschränkte Auskunftserteilung

Ausl. Liste

Schaufler

Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Dessau

Friedrich Kindt, Buchdruckerei, Bad Oldesloe DR 264 1106 1260 8 48 Kl A

137
77

Abschrift

Sonderhilfsausschuss für den Kreis Ratzeburg.
Antrags-Formular für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.

Familienname: S c h w a l e n b e r g Rufname: Friedrich Wilhelm
verh.

Geburtstag: 27.9.94 Geburtsort: -

Gegenwärtige Anschrift: Friedrich Weilhelm Schwalenberg, Gülzow Kreis Lauenburg.

Beruf und Beschäftigung: Inspektor.

Art des Personalausweises und dessen Nummer: AV 936464.

Anzahl der Kinder (mit Altersangaben) und sonstiger abhäniger Angehoriger:
3 Kinder, zwei von 15 Jahren, 1 von 28 Jahren.

Grund der Gefangensetzung: Hochverrat

In Haft in Theresienstadt vom 17.8.44 bis 5.5.45

Name der Person, die Sie angezeigt hat: Werner Grützmacher, Stettin
Anschrift der Person, die Sie angezeigt hat: Hildegard Grosch in Setzlingen.
Verurteilt durch: Volksgericht Leitmeritz
Ihre Konzentrationslager-Häftlings-Nr.3874/44

Wurden Sie misshandelt und in welcher Weise: Ja, Schläge und Misshandlungen aller Art.

Auf welche Weise wurde der Lebensunterhalt Ihrer Familie während Ihrer Haft bestritten? Gehungert keine Unterstützung.

Volle Einzelheiten über die Art Ihrer Haft unter Angabe von Zeugen und Beifügung von Abschriften von Dokumenten: Siehe Broschüre von mir.

Ich erkläre, dass ich gemäss Absatz des Soforthilfeplanes zur Inanspruchnahme der Sonderhilfe berechtigt bin. Ich versichere, dass ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und dass diese voll und ganz der Wahrheit entsprechen. Ich bin mir dessen bewusst, dass unwahre Angaben meinen Ausschluss von der Inanspruchnahme des Sondez hilfsplanes und meine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen:

Datum 31.12.47 Unterschrift: Friedr.Wilh. Schwalenberg.

Datum 31.12.47 Gegenunterschrift Harwardt (Obmann)
L.S.

138

4. Juli 1950

28

- Schwalenberg - D./K.

An die
Staatsanwaltschaft
<u>in D e s s a u</u>

/ In der Anlage reiche ich die Strafliste des Friedrich Wilhelm S c h w a - l e n b e r g, geb. 27.9.94 in Calbe/Saale zurück.
Eine von mir eingezogene Geburtsurkunde hat ergeben, dass Schw. nicht am 27.9.93 sondern am 27.9.94 geboren ist. Durch die Angabe eines unrichtigen Geburtsdatums in der Strafliste ist eine unrechtmässige Zahlung an Schwalenberg erfolgt. Ich habe dieserhalb Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Lübeck erstatten müssen. Schwalenberg hat versucht durch Angabe unrichtiger Daten pp. eine Haftentschädigung und eine Rente zu erhalten.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

4. Juli 1950

~~78~~

- Schwalenberg - D./F.

An die
Staatsanwaltschaft
in D e s s a u

In der Anlage reiche ich die Strafliste des Friedrich Wilhelm S c h w a - l e n b e r g, geb. 27.9.94 in Calbe/Saale zurück.
Eine von mir eingezogene Geburtsurkunde hat ergeben, dass Schw. nicht am 27.9.93 sondern am 27.9.94 geboren ist. Durch die Angabe eines unrichtigen Geburtsdatums in der Strafliste ist eine unrechtmässige Zahlung an Schwalenberg erfolgt. Ich habe diesserhalb Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Lübeck erstatten müssen. Schwalenberg hat versucht durch Angabe unrichtiger Daten pp. eine Haftentschädigung und eine Rente zu erhalten.

Im Auftrage:

Schwalenberg, Friedrich-Wilhelm, Todendorf

Anlage zur Ausgabe = Anweisung vom über DM

Empfänger: Amtskasse in:	Gesamtbetrag	4111	4112	Buchungsstelle:	Rentenvorschuß
1949:					
April					~~93,30~~
Mai					93,30 25. April 49
					93,30
				Übertrag	2058,90
					2.152,20

E. Nimmergut, Bad Oldesloe DR 285 85/1000 3 49 Kl. A

64 139

Kreisarchiv Stormarn B2
Farbkarte #13
B.I.G.

Kreisarchiv Stormarn B2

Schwalenberg, Friedrich-Wilhelm, ~~Hanaphof b. Tritta~~ Todendorf Wz. 0.

Anlage zur Ausgabe= Anweisung vom über DM 93,30

Empfänger: Gemeindekasse in: 1948!	Gesamtbetrag	Buchungsstelle 4111	4112					Beihilfe Landesreg.	Fahrtauslagen	Rentenvorschuß		Rentenvorschuß zusätzlich				
Jan.	} Gülzow	153,-	?													
Febr.																
März																
April																
Mai																
Juni																
Juli										100,-	ka					
Aug.										50,-						
Sept.										50,-		600,-				
Okt.										50,-						
Nov.										50						
Dez.								ka	11,-	50,- 150,-						
1949 Jan.										168,-						
Febr.										93,30						
März								500,-		93,30						
April										93,30						
								500,-	11,-	947,90		600,-				
									2058,90							

28. XII. 48 · 1. Dez. 1948 · 2. Dez. 1948 · 30. Dez. 1948 · 13. Jan. 1949 · 10. März 1949 · 10. Feb. 1949 · 28. Feb. 1949 · 26. MRZ 1949

(89)

140

Kreisarchiv Stormarn B2

141

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Lübeck, den 24.11.1954.

- 2 KLs 2/53 -

Kreisausschuß des Kreises Stormarn
- 2 DEZ 1954
Anl. Abt.

An den

Herrn Landrat des Kreises Stormarn

- Kreisentschädigungsamt -

in Bad O l d e s l o e .

Betrifft: Strafsache gegen den Landwirt Friedrich Wilhelm S c h w a l e n b e r g aus Grussendorf, Krs. Gifhorn,

wegen Rückfallbetruges.

Vorgang: Dortiges Schreiben vom 26.10.1954 - G.-Z. 4-1/9 Schwalenberg - D./ - .

Auf Ihr Schreiben vom 26.10.1954 teile ich mit, daß das Oberlandesgericht in Schleswig durch Beschluß vom 21.9.1954 - Ws 211/54 - meine gegen dem Beschluß der II. Gr. Strafkammer des Landgerichts in Lübeck vom 1.3.1954 am 9.3.1954 eingelegte sofortige Beschwerde als unbegründet verworfen hat.

I.A.

Pfitzinger

142

7. Dezember 1954

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 - Schwalenberg -

D. Str.

1/ An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig - Holstein

in K i e l

In der Wiedergutmachungssache Friedrich-Wilhelm S c h w a l e n b e r g

Aktz.: Be./142

berichte ich, dass der Herr Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Lübeck mir am 24.11.54 mitgeteilt hat, dass das Oberlandesgericht in Schleswig durch Beschluss vom 21.9.54 die gegen den Beschluss der II. Grossen Strafkammer des Landgerichts Lübeck eingelegte sofortige Beschwerde als unbegründet verworfen hat.
Damit ist das Strafverfahren gegen Schwalenberg abgeschlossen.

2/z.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

142

7. Dezember 1954

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 - Schwalenberg -

An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig - Holstein

in Kiel

In der Wiedergutmachungssache Friedrich-Wilhelm S c h w a l e n b e r g

Akte: Be./147

berichte ich, dass der Herr Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Lübeck mir am 24.11.54 mitgeteilt hat, dass das Oberlandesgericht in Schleswig durch Beschluss vom 21.9.54 die gegen den Beschluss der II. Grossen Strafkammer des Landgerichts Lübeck eingelegte sofortige Beschwerde als unbegründet verworfen hat.
Damit ist das Strafverfahren gegen Schwalenberg abgeschlossen.

Im Auftrage:

D./Str.

Kreissonder Hilfsausschuß
Stormarn 143
Ich habe von der Oberstaats-
anwaltschaft Lübeck
die Broschüre: (Zu Händen
der Gestapo Gestapostelle
Theresienstadt) zurück
verlangt. Es würde mir
mitgeteilt diese wäre in
Akte K 4/405 des Sonder
Hilfsausschusses von Stormarn
Bitte veranlassen Sie das mir
sofort diese Broschüre welche
mein Eigentum ist binnen
einer Woche zugesandt wird.
Ich brauche diese dringend.
Hochachtungsvoll
Friedr. Wilh. Schwalenberg
Grunendorf
bei Sithhorn

144

26. Mai 1956

Kreisentschädigungsamt
4 - 1/9 - Schwalenberg

Da/Fu

Herrn
Friedrich-Wilhelm Schwalenberg

Grussendorf

Krs. Gifhorn

Ich bestätige den Empfang Ihrer Postkarte und muß Ihnen leider mitteilen, daß ich nicht im Besitz der von Ihnen gewünschten Broschüre bin. Befindet diese sich auch im Besitz des Landesentschädigungsamtes in Kiel? Ich bitte Sie, sich auch noch mit dieser Dienststelle in Verbindung setzen zu wollen.

Im Auftrage:

Postkarte

Absender: Friedr. Wilh. Schwalenberg
Grussendorf
Kr. Gifhorn

24. MAI 1956

K 4/405

Bad Oldesloe

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

6. Juni 1956

Kreisentschädigungsamt
4 - 1/9 -Schwalenberg

Da/Fu

Herrn
Friedrich-Wilhelm Schwalenberg

in G r u s s e n d o r f
Krs. Gifhorn

In Ihrer Entschädigungsangelegenheit nehme ich auf die persönliche Rücksprache vom 4. ds. Mts. Bezug und sende Ihnen anliegend die für die Ergänzung Ihres Antrages seinerzeit eingereichten Unterlagen zu Ihrer Bedienung zurück.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.

Kreisarchiv Stormarn B2

146

5.Oktober 1956

Sozial- und Jugendamt
4 - 1/9 Schwalenberg

Da/Eh

Aufgenommen und geschrieben
von einem Blinden.

1/ An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein
Kiel

Betr.: Rückforderung von OdN-Entschädigungsrente und sonstigen Leistungen nach Landesrecht für Wilhelm Schwalenberg in Großendorf

Bezug: Ihr Schreiben vom 24. September 1956
Az.: W 1 h - Sch.492 c -

In Erledigung Ihres vorgenannten Schreibens teile ich mit, daß Schwalenberg Rentenvorschüsse in der Zeit vom 1. 8. 1948 - 10. 4. 1949 in folgender Höhe erhalten hat:

am	1. 11. 1948	200,-- DM
am	9. 11. 1948	600,-- DM
am	24. 11. 1948 (für Dez.1948)	150,-- DM
am	3. 12. 1948	50,-- DM
am	28. 12. 1948	100,-- DM
am	8. 1. 1949	168,-- DM
am	24. 2. 1949	93,30 DM
am	29. 1. 1949	93,30 DM
am	24. 3. 1949	93,30 DM
		1.547,90 DM.

2/ Wv.

Im Auftrage:

147

Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein

Nr.: Wlh - Sch 492 c -

Obiges Aktenzeichen
bei allen Schreiben
unbedingt angeben.

- 2 -

Kiel, den 24. September 1956
Gartenstraße 7
Telefon 47931
Sprechstunden nur dienstags von 9—12 Uhr.

An den
Herrn Landrat
des Kreises Stormarn
-Kreisentschädigungsamt-

Bad Oldesloe

Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
- 1. OKT 1956

Betr.: Rückforderung von OdN-Beschädigtenrente und sonstigen Leistungen nach Landesrecht, die der frühere landwirtschaftliche Inspektor Wilhelm Schwalenberg, geb. am 27.9.1893 zu Calbe a.S., jetzt wohnhaft in Grußendorf Landkreis Gifhorn, zu Unrecht bezogen hat.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 7.12.1954 - AZ.: 4-1/9 - Schwalenberg.

Für das Rückforderungsverfahren wird um Mitteilung gebeten, in welchen monatlichen Teilbeträgen und in welcher Zeit der Obengenannte Vor-

./.

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

schüsse auf eine OdN-Rente in einer Gesamthöhe von 1.547,90 DM bezogen hat.

Im Auftrage:

- 1. Okt 1956 -

./.